



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.
Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt
bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr
inklusive Bestellgeld.

Nr. 31.

Berlin, den 3. November 1918.

13. Jahrgang.

Nicht blind in den Frieden hineintaumeln!

Berlin, den 29. Oktober 1918.

In diesen Spalten ist oft von der eisernen Logik des Krieges geredet worden. Was darunter zu verstehen war, ließ sich im einzelnen nicht immer klar und deutlich sagen. War es doch ein geradezu raffiniert organisiertes System, das der oppositionellen Presse Daumschrauben anlegte. Nebenbei bemerkt: Auch heute sind diese Folterinstrumente der öffentlichen Meinung noch nicht in der Kumpelkammer verschwunden. Unter der eisernen Logik des Krieges verstanden wir folgendes: Die beiden feindlichen Koalitionen werden dank der Machtmittel, die ihnen die Volkswirtschaft und das Menschenmaterial ihrer Gebiete zur Verfügung stellt, ganz automatisch zu einem Ringen auf Leben und Tod drängen. Alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte der Staaten werden mehr und mehr in den Dienst des Kriegszweckes gestellt. Die großartige Technik steigert sich zu immer komplizierteren, damit aber auch barbarischeren Leistungen. Die Kriegskunst übertrifft sich in ihrer strategischen und taktischen Betätigung selbst. Aber die Ueberspannung alles dessen, was sich unter dem Sammelnamen Militarismus zusammenfügen läßt, löst ökonomische, politische und soziale Gegenkräfte aus und führt dazu, daß dieses große blutbespritzte Gebäude doch eines Tages in sich zusammenbricht. Diesen hier nur ganz kurz skizzierten Gedankengang haben wir von jeher vertreten oder wenigstens zu vertreten versucht. Und nun geht die unerbittliche Logik des Krieges ihren Gang weiter.

Man nehme sich einmal die deutschen Zeitungen zur Hand, die noch aus den ersten Julitagen dieses Jahres stammen und vergleiche damit dieselben Zeitungen der Oktoberwochen. Es ist, als ob man es mit zwei verschiedenen Zeitaltern zu tun hätte. Im Juli noch stolze, sieges sichere Heeresberichte und Artikel der militärischen „Sachverständigen“, weitgehende imperialistische Eroberungspläne, große, auf den militärischen Erfolg aufgebaute wirtschaftliche und politische Kombinationen, die bestimmte Erwartung, wie Rußland auch den Westmächten den Fuß auf den Nacken setzen zu können. Und jetzt? Ein Zusammenbruch, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gekannt hat. Ende Juni mußte der damalige Staatssekretär des Außenwesens, v. Kühlmann, sein Bündel schnüren, weil er, der doch ein willfähriger Helfer der deutschen Machtpolitik war, die schüchterne Bemerkung machte, daß der Krieg nicht allein mit militärischen Mitteln zu beenden sei. Wenige Wochen später mußten die säbeltrasselnden Propheten des Gewaltfriedens selbst de- und wehmütig die Unzulänglichkeit ihrer Schwerttheorie eingestehen. Das riesige Heeresaufgebot der Mittelmächte, dem das deutsche Große Hauptquartier die Direktiven gab, hat sich in seine einzelnen Bestandteile aufgelöst, von denen jeder nun auf eigene Faust mit dem Gegner einig zu werden sucht. Vier Jahre lang konnte man in der deutschen Presse bis zum Ueberbruch die Tiraden von der „Nibelungentreue“ Oesterreichs, von „unseren tapferen und zuverlässigen bulgarischen Bundesgenossen“, von „unseren heldenhaften türkischen Freunden“ lesen. Jetzt werden dieselben Bundesgenossen von derselben deutschen Presse mit Schimpfnamen belegt, die man früher Italien und Rumänien gegenüber angewandte. Die Dinge liegen jetzt so, daß jeder Staat für sich seinen Sonderfrieden mit der Entente erstrebt, um auf Kosten des früheren Bundesgenossen

noch möglichst viel aus der Konkursmasse herauszuholen. Nach Bulgarien hat nun auch Oesterreich, hat auch die Türkei kapituliert.

In diesen Tagen hat man dem General Ludendorff den Abschied gegeben. Dieser Mann wird jetzt in der liberalen Presse als der böse Geist der deutschen Kriegspolitik hingestellt, als ein Mann von napoleonischem Ehrgeiz, als ein gefährlicher Typus des politischen Generals. All die brutalen Machtansprüche nach außen, all die politischen Vergewaltigungen nach innen, die vier Jahre lang das Wesen des deutschen „Verteidigungskrieges“ ausmachten, werden auf das Schuldkonto dieses Mannes gesetzt. Im „Berliner Tageblatt“ wurde sogar darauf verwiesen, in welcher brutaler Weise Herr Ludendorff im Berliner Januarstreik eingegriffen hat. Aber hat nicht der Liberalismus, haben nicht alle anderen Parteien einschließlich des Regierungssozialismus durch ihr Schweigen und Duden, durch ihre fortwährende Bewilligung der Mittel zur Kriegführung dazu beigetragen, die Machtstellung des Militarismus, dessen typischer Vertreter Herr Ludendorff ist, ins Uebermaß zu steigern. So trägt an dem katastrophalen Zusammenbruch nicht allein die eigentliche Militärlaste Schuld, sondern auch alle die, die den militärischen Absolutismus in nationalem Ueberhang geduldet und gefeiert haben.

Es ist kaum anzunehmen, daß eine Persönlichkeit wie Herr Ludendorff sich einem harmlos-friedlichen Pensionsdasein hingeben wird. Er wird gleich Erzellenz Tirpitz den Kristallisationspunkt bilden, um den sich die ganze imperialistische Fronde sammelt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Generalität steht mit seinen Sympathien auf Seiten dieser „bis-ans-Ende“-Kämpfer. Wer weiß, ob nicht auch heute noch einer von ihnen nach dem Ruhme eines Generals York strebt. Die Parole der „nationalen Verteidigung“ ist in diesen Kreisen sicherlich noch nicht aufgegeben. Die Zivilregierung hat allerdings durch ihre letzte Note vom 27. Oktober zu erkennen gegeben, daß sie Waffenstillstand und Frieden haben will. Wie aber, wenn die Ententemilitaristen, gestützt auf die Gunst ihres militärischen Uebergewichts, Bedingungen stellen, die unsere deutschen Militaristen als tödliche Schmach empfinden? Wäre da ein militärischer Desperadostreich nicht in den Bereich der Möglichkeit zu ziehen? Mit anderen Worten: Es ist töricht, sich schon jetzt holden Friedensillusionen hinzugeben. Hinter der demokratischen Zivilregierung steht noch keine reale, geschlossene Macht. Der militärische Apparat liegt trotz aller papiernen Verfassungsänderungen noch vollständig in den Händen der hohen Militärs. Mit dem zivilen Verwaltungsapparat ist es nicht viel anders. Auch da sind die Regierungspräsidenten und Landräte noch immer die allmächtigen Herren. Die Presse ist noch immer auf das nationale Macht-evangelium eingeschworen. Man sehe sich nur einmal die vielen Tausende kleiner Provinz- und Kreisblätter an und man wird sehen, daß in ihnen auch jetzt noch das Thema „nationaler Verteidigung“ in jeder Nummer und in allen Variationen behandelt wird. Die große politisch ungeschulte Masse wird somit nicht auf den Frieden, sondern für die Fortsetzung des Krieges eingedrückt.

Aber selbst wenn es nicht zu einem Kampfe bis auf den letzten Mann kommen sollte, so ist

man sich in der großen Masse über die Art des Friedens, der jetzt zustande kommen kann, ganz im Unklaren. Ein Notfrieden schlimmster Art wird es sein. Zustande kommen wird er mit den Methoden der Geheimdiplomatie, an denen ein paar parlamentarische Unterstaatssekretäre nicht das mindeste ändern werden. Nur einen Ausweg gibt es: das arbeitende Volk selbst muß sich aufraffen und die endgültige Friedensarbeit verrichten. Nicht allein in Deutschland, sondern in allen anderen Ländern kann nur von unten auf eine Lösung der Kriegsprobleme erfolgen. So wird in Oesterreich die nationale Neuordnung der Dinge nur dann von Erfolg und Dauer sein, wenn die sozialen Kräfte der einzelnen nach Selbstständigkeit strebenden Nationen energisch Hand anlegen. Nicht die Demokratie im bürgerlichen Sinne kann einen Ausweg geben, sondern einzig und allein die wirtschaftliche und politische Nachschür, die das Arsenal des internationalen Sozialismus zur Verfügung stellt. Erst wenn sich in allen Ländern die Arbeiterklasse als selbständig und energisch handelnder Faktor aufwirft, erst wenn sie überall einen großen Trennungsstrich zieht zwischen sich und allen anderen Parteien, erst wenn überall eine gründliche Abrechnung vorgenommen worden ist mit allen denen, die an Ausbruch und an der Länge des Krieges schuld sind, erst dann ist die Möglichkeit für einen Friedensschluß gegeben, der alle Konflikte ausschließt, die Möglichkeit einer reibungslos arbeitenden Welt- und Staatenwirtschaft eröffnet und künftige Kriegsgefahren ausschließt.

Die deutsche Arbeiterschaft steht in den nächsten Tagen und Wochen vor ihrer Schicksalsstunde. Sie hat das vorzüglichste Soldatenmaterial gestellt, das sich vier Jahre lang in Ost und West, auf zahlreichen europäischen und asiatischen Kriegsschauplätzen verwenden ließ. Sie hat durch ihre Tüchtigkeit und Willfährigkeit die Kriegsindustrie zu ihrer höchsten Entfaltung gebracht. Der Zusammenbruch kommt nicht auf ihr Schuldkonto, sondern auf das der führenden Schichten, deren Wünsche und Ansprüche über das Menschenmögliche hinausging. Jetzt hat die Arbeiterschaft aber die Aufgabe, aus eigener Kraft und mit eigenen Zielen eine neue Friedenswelt aufzubauen, in der für Leute wie Ludendorff, Tirpitz usw. kein Raum mehr ist. Jeder deutsche Arbeiter hat jetzt zu entscheiden, ob er aus dem Kriegszwang heraus in die Friedensklave rei gehen will oder ob er bereit ist, sein Alles für die Schaffung einer neuen Welt einzusetzen.

Um Liebknecht.

Die bürgerliche Presse Berlins ist betroffen von der machtvollen Demonstration, mit der die Berliner Arbeiter Karl Liebknecht empfangen haben. Ihre Verlegenheit kommt in den Berichten zum Ausdruck, die sie über diese Demonstration veröffentlicht. Die „Vossische Zeitung“ begnügt sich damit, in vier Zeilen die Tatsache festzustellen, daß Liebknecht zurückgekehrt und von seinen Freunden empfangen worden ist. Man ahnt in diesen Kreisen, daß die Stimmung der Arbeiterschaft gehoben ist durch den Gedanken, ihren Vorkämpfer wieder in ihrer Mitte zu wissen und man sieht mit Schuldgefühl und in schwüler Stimmung kommenden Dingen entgegen.

In der Presse der rechtsstehenden Parteien jedoch kommt die ganze unverhohlene Feindschaft der Junker und Schlotbarone gegen Liebknecht zum Ausdruck. Die „Deutsche

Zageszeitung" entrüstet sich, daß die Demonstranten den ihnen Begegneten zugerufen hätten: "Hut herunter! Hut ab vor Liebknecht!" Die Schwerindustrie "Post" sucht den Einzug Liebknechts durch eine schändliche Darstellung zu verkleinern. Sie schreibt:

Zur selben Stunde beinahe, da Herr Haase gestern im Reichstag seine die Not des Vaterlandes erhöhende Rede hielt, traf sein Parteigenosse Liebknecht aus dem Zuchthaus in Berlin ein, von einigen Unentwegten mit einem Bretterwagen und einem Blumenstrauß empfangen. Man stellte den bleichen Mann auf den Wagen, stützte ihn von drei Seiten und fuhr so über den Potsdamer Platz. Es sammelte sich auch bald eine johlende Menge an, die dem Wagen nachströmen wollte, von der Polizei aber zurückgehalten wurde.

Noch toller treibt es die "Kreuzzeitung". Sie fürchtet Liebknecht so sehr, daß sie seine Unschädlichkeit durch die militärische Einberufung in folgenden Worten fordert:

"Wir erwarten bestimmt, daß der Armierungssoldat Karl Liebknecht nun sofort seiner militärischen Pflicht nachkommt. Verstößt er aber durch heftige Agitation in der Truppe gegen die Disziplin, so wird es Sache der Militärgerichte sein, die gesetzlichen Konsequenzen zu ziehen."

Liebknecht soll also unter dem Vorwand, daß er jetzt wieder Soldat sei, schleunigst aufs Neue eingeladen werden! Die Amnestierung Liebknechts soll zu einer blutigen Verhöhnung der deutschen Arbeiterschaft gestaltet werden. Mögen die Militärs es wagen, diesen neuen Streich gegen Liebknecht zu führen! Die Arbeiterschaft ist heute nicht mehr so resigniert wie 1915, und eine neue Gewalttat könnte ein unerwartetes Echo finden.

Aus der italienischen sozialistischen Partei.

Früher, als die sozialistischen Parteien der anderen großen Staaten Europas ist die italienische sozialistische Partei vor die Frage des Krieges gestellt worden. Schon der Tripoliskrieg hat die italienischen Genossen vor die Frage gestellt, die den sozialistischen Parteien der anderen Länder erst im Jahre 1914 gestellt wurde. Die Frage hat damals schon die italienische Partei gespalten. Der nationalistische Flügel der Partei, der für den Krieg Stellung nahm, wurde von dem Parteikongress in Modena (Oktober 1911) aus der Partei ausgeschlossen; er bildete unter der Leitung Bissolatis eine neue Partei: den Partito Socialista-Riformista Italiano, gewöhnlich kurz als die reformistische Partei bezeichnet.

Nach dem Ausbruch des Weltkrieges hat die sozialistische Partei jedes Eingreifen Italiens in den Krieg, geschwehe es zu Gunsten der Mittelmächte oder der Entente, energisch bekämpft. Die Reformisten dagegen haben sich an die Spitze der "Interventionisten" gestellt und Italiens Eingreifen zu Gunsten der Entente, gegen Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich, gefordert. Sie betrachteten den Krieg der Entente gegen den "preussischen Militarismus" als einen Freiheitskrieg, an dem die italienische Demokratie teilnehmen müsse, die Befreiung der "Italia Irredenta" von nationaler Fremdherrschaft als eine Aufgabe der Demokratie.

Als Italien an Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärte, traten die Reformisten in die Regierung ein, während die sozialistische Partei in schroffstem Gegensatz gegen den Krieg verharrete. Sie erklärte zwar, den Krieg nicht "sabotieren" zu wollen, verweigerte aber im Parlament und in der Parteipresse der Kriegspolitik und Kriegsbeologie jede Unterstützung.

Aber nach der Niederlage Italiens bei Tolmein im Herbst 1917 und abermals in den ersten Tagen der österreichisch-ungarischen Offensive an der Piave im Sommer 1918 wurden einzelne Mitglieder der Partei, vor allen Turati, an dieser Haltung irre. Die Fraktion stimmte zwar gegen die Kriegskredite; aber Turati erklärte, in so tragischer Stunde fühle auch das sozialistische Proletariat die Notwendigkeit, das Vaterland gegen den Einbruch des Feindes zu verteidigen. Diese Erklärung rief heftige Erörterungen in der Partei hervor. Der Parteivorstand, das Zentralorgan der Partei, der "Avanti", und viele Parteifunktionen tadelten — an der unbedingten Gegnerschaft gegen jede Unterstützung der Kriegspolitik festhaltend, die Zugeständnisse, die die Fraktion der Kriegsbeologie gemacht hatte. Die römische Sektion ging so weit, die Ausschließung Turatis aus der Partei zu beantragen.

Zu dieser Streitfrage stellte sich noch eine andere. Die italienische Regierung hat Vertreter der Partei und der Gewerkschaften in die Kommissionen berufen, die den Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Kriege vorbereiten sollen. Die Gewerkschaftskommission hat die Einladung angenommen, die Partei dagegen hat die Einladung abgelehnt, weil die Teilnahme an den Arbeiten dieser Kommissionen als eine Unterstützung der Kriegspolitik betrachtet. Infolge dieser Verschiedenheit der Haltung der Gewerkschaftskommission und der Partei wurde die Gewerkschaftskommission befüllt angegriffen. Sie stellte daher ihre Mandate dem Generatrat der "Confederazione Generale di Lavoro", des Verbandes der italienischen Gewerkschaften, zur Verfügung. Der Generatrat sprach aber mit 140 000 gegen 79 000 Stimmen der Kommission das Vertrauen aus und billigte dadurch ihre Haltung in dieser Streitfrage.

Diese Diskussionen machten die Einberufung des Parteitages notwendig. Infolge behördlichen Verbotes durften die Verhandlungen des Parteitages nicht veröffentlicht werden, bekannt wurden nur seine Beschlüsse. Sie zeigen, daß die Mehrheit der Partei an der unbedingten Gegnerschaft gegen den Krieg unbezweifelhaft festhält. Der Parteitag hat die Haltung des Par-

teivorstandes und des "Avanti" gebilligt, die Haltung der Kammerfraktion getadelt, die Fraktion der Kontrolle des Parteivorstandes unterworfen und die Teilnahme an den kriegswirtschaftlichen Kommissionen abgelehnt.

In der italienischen Kammer brachte Ende Oktober die sozialistische Fraktion einen Beschlussesantrag ein, der erklärt, daß die Friedensunterhandlungen vom Unterdrückungs- und Vergeltungsgeist sowie von maskiertem Imperialismus freibleiben müssen. Das Recht der Selbstbestimmung muß durch möglichste Verbindung der Staaten zum Zweck einer vernünftigen Weltarbeitsteilung ergänzt und gemäßigt werden. Die Zollschranken sind zu beseitigen, Abrüstung, Schiedsgerichte, die Umwandlung der Kolonien in gemeinsames Menschheitseigentum ist durchzuführen. Die künftige Gesellschaft muß auf dem souveränen Recht der Arbeit begründet sein, welche in allen Staaten den gleichen gesetzlichen Schutz genießen soll. Die Kammer fordert die sofortige Herstellung der bürgerlichen Freiheit durch eine Amnestie und das Recht des Proletariats aller Länder, sich national und international zu versammeln.

Aus der polnischen Arbeiterbewegung.

Das Zentralkomitee des sozialdemokratischen jüdischen Arbeiterbundes in Polen hat, wie wir den in Warschau erscheinenden "Lebensfragen" entnehmen, in einem Aufruf an alle jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu dem politischen Umschwung der letzten Wochen Stellung genommen, der auch das Proletariat Polens vor große weltgeschichtliche Aufgaben stellt. Der Aufruf gibt ein Bild der bisherigen Lage in Polen, charakterisiert die Bedingungen, unter denen die Bevölkerung leidet, und fordert als erste Tat die sofortige Beseitigung der herrschenden Zustände.

Aber wir wollen — so fährt der Aufruf fort — uns von dem Alten nicht zu dem Zwecke befreien, um uns unter die Anute des polnischen Junkers zu begeben. Der polnische Regentenschaftsrat mit seinem Ministerium streckt bereits die Hände nach der Macht aus. Gehorsame Diener sind sie bis heute gewesen. Verschwinden müssen sie jetzt — Polen braucht ungebundene Wohlthäter nicht.

Fortgeräumt muß werden, zusammen mit jenen Leuten, jede Spur unserer Knechtschaft, unseres Sklavenjochs.

Eine Konstituante wird uns versprochen — das ist nichts mehr als ein Wort. — Eine Tat würde die Verleihung des freien Wahlrechts für diese konstituierende Versammlung sein. Das Volk, das ganze Volk muß seinen Willen kund tun. Kann es das, wenn seine Hände gefesselt, sein Mund verschlossen ist?

Eine Konstituante ohne freie Wahlen ist eine Fälschung. Wer von der Konstituante spricht und die Freiheit einschränkt, begeht einen politischen Schwindel.

Deshalb fordern wir mit der größten Entschiedenheit: Freiheit der Presse, der Versammlungen, der Vereine — mit dem vollen Recht des Gebrauchs unserer Muttersprache — Freiheit der Manifestationen, Freizügigkeit im Lande, persönliche Unantastbarkeit, Befreiung aller politischen Verhafteten und Verbannten!

Unter Hinweis auf die hunderttausende polnischen Arbeiter, die zur Zeit in fremdem Lande festgehalten die Möglichkeit erhalten müssen, in die Heimat zurückzukehren, fährt der Aufruf fort:

Wie Lust zum Aimen brauchen wir all die genannten Freiheiten; wir brauchen sie, um unseren Kampf breiter und umfassender zu führen.

Dem es beginnt jetzt eine Zeit großer historischer Kämpfe. Die Zeit des Stillstandes ist vorbei. Neue stürmische Tage ziehen herauf.

Vorläufig hören wir nichts als Zusagen und leere Worte. Aber auch Worte können in Taten verwandelt werden. Dazu bedarf es einer Kraft, und diese Kraft sind wir — die Arbeiterklasse.

Nicht auf die Bourgeoisie wird der Arbeiter seine Hoffnungen setzen. Hin- und herschwankend, voll eigen-nütziger Appetite und engherziger Kompromisse, wird sie ihr bisheriges politisches Spiel fortsetzen. Die Arbeiterklasse baut auf ihre eigenen Kräfte.

Tausend alte Ungerechtigkeiten lasten auf uns wie eine schwere Bürde, tausend neue erwarten uns an der Schwelle des neuen Lebens. Wir müssen stehen auf der Wacht. Als Bürger unseres Landes wollen wir kämpfen für vollständige politische Freiheit, als Teil der Arbeiterklasse — für die sozialen Forderungen des Proletariats, als Glied der unterdrückten jüdischen Nation — für unser nationales Recht. Und auf unserem Wege wird uns der Stern des Sozialismus vorleuchten."

Zentralstelle für Heimatsaufklärung.

Die Zentralstelle für Heimatsaufklärung hat ihren Sitz in Berlin, Potsdamer Straße 113. Oberregisseur ist der Staatssekretär Erzberger. Sein Gehilfe ist der Staatssekretär Bauer, der bisherige zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Zentralstelle für Heimatsaufklärung hielt am 23. Oktober ihre erste Konferenz ab, zu der alle politischen Parteien, alle Richtungen der Unternehmerverbände und Arbeitergewerkschaften eingeladen waren. Nicht

eingeladen waren die polnischen Gewerksvereine. Staatssekretär Erzberger entwickelte sein Programm, alsbald in eine großzügige Agitation für die Regierungspolitik, verbunden mit einer kräftigen Werbearbeit für die Kriegsanleihe einzutreten. Dem Ausland soll beigebracht werden, daß das deutsche Volk fest, treu und unerschütterlich hinter seiner sogenannten Volksregierung steht und zu einem Endkampfe mit der Entente fest entschlossen ist, wenn diese Bedingungen stellt, die der deutschen Ehre nicht entsprechen. Von den in der Sitzung anwesenden Herren, die sich bisher vom Militärdienst gedrückt haben, erklärte keiner, daß er künftig selbst den bunten Rod anziehen wolle; sie wollen auch dem Endkampf nur von zu Hause aus zusehen.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften stimmten dem Plane Erzberger bedingungslos zu. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärten, daß man, ehe man das Volk zur nationalen Verteidigung aufrufe, noch allerhand wirtschaftliche Wünsche der Arbeiter in bezug auf die Ernährungsfragen und ähnliches erfüllen müsse. Die kaiserlichen Sozialdemokraten stimmten dem Plane ebenfalls zu, erklärten aber, sich mit Rücksicht auf die Unabhängige Sozialdemokratie möglichst im Hintergrund halten zu wollen und die Sache weniger öffentlich, dafür aber im stillen kräftiger zu fördern. Es ist in Aussicht genommen, demnächst Kundgebungen in Berlin, Breslau, Danzig, Dortmund, Dresden, Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Stuttgart abzuhalten. Man ist bei der Wahl der Orte darauf bedacht gewesen, möglichst solche Städte auszusuchen, in denen man eine Störung der patriotischen Kundgebungen durch die Unabhängige Sozialdemokratie erwarten zu müssen glaubte. In Berlin und den sonstigen vorgeannten Orten, wo mit einer zahlreichen Anhänger-schaft der Unabhängigen Sozialdemokratie zu rechnen ist, soll die Sache so gemacht werden, daß die Einladungen von den kaiserlichen Sozialdemokraten nicht mitunterschieden werden, um die unabhängigen Arbeiter nicht zu reizen. Dafür sollen die kaiserlichen Sozialdemokraten ihre Anhänger in aller Stille in die Kundgebung dirigieren.

Es ist also alles schon zu großartigen Kundgebungen für das monarchische Deutschland, für das alte System, dem man eine neue Etikette aufgesteckt hat, vorbereitet. Neben diesen politischen Versammlungen wird Staatssekretär Bauer eine Kundgebung der wirtschaftlichen Verbände veranstalten, in denen mit Pauken und Trompeten ein Hoch auf die neue Volksregierung und die künftige Durchhaltepolitik ausgebracht werden soll.

Der Vorwärtsredakteur Kuttner auf dem Kriegspfade.

Aus der Sonntagsversammlung in Habels Brauereiauschanke wird uns geschrieben:

Neht eigenartige Anschauungen über Sitte und Anstand scheinen in der Redaktion des "Vorwärts" jetzt zu herrschen, wie das Verhalten des Herrn Erich Kuttner in der Versammlung bei Habel bewies. Bekanntlich rühmt sich dieses Blatt seit langem, daß es in der Hauptsache von Kriegsbeschädigten hergestellt wird, eine Behauptung, die wir nachzuprüfen natürlich nicht in der Lage sind. Bei Herrn Kuttner konnte man körperlich irgendwelche Beschädigung am Sonntag nicht feststellen, um so schlimmer aber scheint er geistig unter den Kriegsfolgen gelitten zu haben. Das hat er deutlich bewiesen. Dadurch, daß der Genosse Liebknecht unsere Versammlung erst als letzte besucht hatte, war es bereits zwei Uhr vorbei, als mit der Diskussion begonnen werden konnte. Herr Kuttner, der als erster Redner zu Worte kam, erregte durch seine direkt provozierenden Ausführungen, die auf den Kern der Sache durchaus nicht eingingen, gleich zu Anfang den Unwillen der riesigen Versammlung, und mehrmals mußte er durch den Versammlungsleiter zur Sage gerufen werden. Leider mit wenig Erfolg. Immer wieder reizte er die Versammlung durch seine an Ironismus grenzenden Ausführungen, so daß die Versammlung gebieterisch nach Schluß riefen, und es blieb nach nochmaliger Aufforderung, doch sachlich zu bleiben, nichts weiter übrig, als die Versammlung zu betragen, ob sie den Redner weiter anhören wolle. Ein einstimmiges "Nein" war die Antwort, und dem Redner mußte das Wort entzogen werden. Nun erregte sich das Folgende: Herr Erich Kuttner, verantwortlicher Schriftleiter des "Vorwärts" drehte sich um, hob seinen Paletot und seine Sonntagserbschöbe in die Höhe und zeigte sich den Versammelten von seiner schärfften Seite. Man kann sich die Entrüstung und den Tumult denken, die ein so schamloses Verhalten in der Versammlung auslöste. Er verkrümelte sich bald in eine Ecke, wodurch vielleicht schimmeres verhüllt wurde. Nach Schluß der Versammlung mußte er so schnell wie möglich die Flucht ergreifen. Er

Sprung auf einen Wagen der Straßenbahn und verschwand.

Jedenfalls wird man sich diesen Journalisten genau merken müssen und dafür zu sorgen haben, daß er sich für seine Kämpfe einen anderen Resonanzboden aussucht, als unsere Volksversammlungen. Wer das Gastrecht in der Weise mißbraucht, wie Herr Ruttner es gestern getan, kann nicht mehr ernst genommen werden, auch wenn er Redakteur des „Vorwärts“ ist.

Herr Ruttner ist besonders in Handlungsgehilfenkreisen noch gut bekannt aus der Zeit, wo er noch sozialdemokratisch war und in der beständigsten Weise gegen die gewerkschaftliche Organisation der Handlungsgehilfen zu Felde zog. Jetzt hat er sein Herz wieder entdeckt. Im „Vorwärts“ macht er denn auch seinem Aerger gegen unsere Genossen in der ihm eigenen Weise Luft.

Die Stichwahl in Berlin I.

Bei der am 29. Oktober im 1. Berliner Wahlkreis stattgefundenen Stichwahl wurde der Fortschrittscandidat Justizrat Kempner gewählt. Kempner erhielt 2601 Stimmen, während für Heimann 2234 Stimmen abgegeben wurden. 46 Stimmen waren zerstreut.

Am 15. Oktober war das Stimmverhältnis wie folgt: Kempner 2294, Heimann 1720, Mich. Müller 523. 180 Stimmen wurden auf den Kandidaten der rechtsstehenden Parteien abgegeben.

Der „Vorwärts“ meint, nicht alle Wähler, die für Müller gestimmt hätten, hätten der Parole der Stimmhaltung gefolgt, dann aber sagt er wieder, daß Heimann gewählt worden wäre, wenn die Unabhängigen für Heimann gestimmt hätten. So wäre das Ergebnis als ein „Sieg der Unabhängigen“ zu betrachten. Ernstlich kann man darauf nicht antworten, denn jedermann weiß, daß die Abhängigen anfänglich ihren Blockbrüdern und Herrn Kempner überhaupt kampfslos das Feld überlassen wollten.

Aus der Bewegung.

Fünf starkbesuchte öffentliche Versammlungen, die am Sonntag, den 27. Oktober, in Berlin stattfanden, beschlossen einmütig, daß bei der Stichwahl im ersten Wahlkreis zwischen Kempner und Heimann Stimmhaltung die einzig richtige Parole sei. Die Versammlungen gestalteten sich zu großen Kundgebungen für die Herbeiführung eines proletarischen Friedens. Klarheit, Entschlossenheit und zielbewusstes Handeln sei in dieser ersten Zeit Aufgabe des Proletariats, das jetzt seines Glückes Schmied sei. Jubelnd wurde von der veltausendbüßigen Menge das Erscheinen des Genossen Karl Liebknecht begrüßt, der mit ungebeugtem Mut und mit Begeisterung das Ziel aufzeigte, für das die Arbeiter ihr Alles einzusetzen haben. Zu den Versammlungen war die Polizei stark aufgeboten. In der Frankfurterstraße zog die Polizei blank. An der Friedrichstraße standen Schulsleute mit Karabinern ausgerüstet. An verschiedenen Stellen schritt sie ein, um die Friedensdemonstranten zu zerstreuen.

Friedenskundgebung in Steint. Eine von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Steint und Randow-Greifenhagen veranstaltete Mitgliederversammlung, an der auch Mitglieder der freien Gewerkschaften teilnahmen, fand am 23. d. Mts. in Grabow im „Neuen Kasino“ statt. Die Versammlung gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung für den Frieden und gegen den Regierungsozialismus. In dichtgedrängter Enge waren mehr als 3000 Männer und Frauen versammelt, die den Ausführungen des aus der Strafkast entlassenen Genossen Horn über „Friede und Arbeiterschaft“ lauschten. Nach einigen begeisterten Ausführungen der Genossen Seffe und Aug. Müller, protestierte die Versammlung gegen das Redeverbot des Genossen Bogtherr und stellte die Forderung an die Reichsregierung, endlich den Frieden herbeizuführen. Von der preussischen Regierung verlangte die Versammlung das freie gleiche Wahlrecht auch auf die Frauen auszuweihen.

Die Versammlung sandte ein Glückwunschtelegramm an den Genossen Liebknecht zu seiner wiedererlangten Freiheit.

Für einen proletarischen Frieden. Zu einer bemerkenswerten Demonstration für einen proletarischen Frieden, gegen die regierungsozialistische Politik und gegen die Versuche, die wirkliche Demokratisierung Deutschlands durch die Entschädigung eines erneuten Kriegswillens zu verhindern, um so die Monarchie zu retten, gestaltete sich die für Sonnabend abend von der U. S. P. in Hamburg veranstaltete öffentliche Versammlung. In Hamburg, wo die U. S. P. kein Organ hat, Versammlungen bisher nur von der Gegenseite einberufen werden konnten, wo das toll nationalistisch hegende „Echo“ seit 4 Jahren die Arbeiterschaft irreführt, hatten sich über 2000 Männer und Frauen zu der Versammlung eingefunden, obwohl das Staatsfinden nur nothdürftig durch eine beschränkte Verteilung von Handzetteln bekannt gegeben werden können. Die Zustimmungen zu den Ausführungen der Redner, wie zu einer entsprechend lautenden Resolution, bewiesen klar und deutlich, daß die Hamburger Arbeiterschaft heute schon in großem Umfange die Politik der U. S. P. deckt, die der Echolaste entschieden verurteilt. Geradezu elementar trach sich die auf Herbeiführung einer sozialen Republik und gegen den von regierungsozialistischer Seite propagierten nationalen Krieg gerichtete Stimmung Bahn. Nach Schluß der Versammlung ordneten sich die

Herausströmenden zu einem Demonstrationzug durch die Stadt. Man forderte Amnestie und Frieden. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Einige Wochen unbeschränkter politischer Bewegungsfreiheit würden genügen, um die Herrschaft der Echolaste unzweideutig zu Grabe tragen. Als Genossin Ziegler der Meinung Ausdruck gab, ein Aufruf zur nationalen Verteidigung werde sicher mit einer andern Parole beantwortet werden, daß sich die richtig angelegene Stimmungsfaule zu einem donnernden Beifall hin. Die Hamburger Arbeiterschaft erwacht. Wie sie — unterrichtet worden ist vom „Echo“, das sich sozialdemokratisches Organ nennt, dafür nur ein Beispiel aus den letzten Tagen. Selbst von bürgerlicher Seite ist den Regierungsozialisten der berechnete Vorwurf gemacht worden, daß sie bei ihrem Eintritt in die — Volksregierung nicht einmal daran gedacht oder es absichtlich vergessen haben, eine Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurteilten und sonstwie Geschädigten zu fordern, ihre Mitarbeit von der Gewährung einer solchen Forderung abhängig zu machen. Erst später, unter dem Druck von der U. S. P. und von bürgerlichen Politikern vertretenen Amnestierung hat dann auch die Regierungsozialdemokratie, lau und schwach, zu dieser Forderung sich bekannt. Trotzdem wagt das „Echo“ in seiner Nummer vom 24. Oktober 18 zu behaupten, Scheidemann, die Ergelenz mit dem verborgenen sozialdemokratischen Programm, habe Liebknechts Freilassung erwirkt. Frecher wie hier kann die Wahrheit doch nicht gut umgebogen werden. Aber in der Schilderung der Kriegsurachen, überhaupt der mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen, hat das „Echo“ doch noch viel tollere Sachen geliefert. Ihm gebührt ein Ehrenplatz in der Galerie der nationalistischen Heher und Kriegsschlichter.

Die Schädlichkeit der Regierungsozialisten wird durch einen Vorgang illustriert, der uns aus Frankfurt a. M. berichtet wird. Im Gewerkschaftshaus trafen sich am 13. Oktober etwa 15 Genossen, um über Verbreitung des Mitteilungsblattes und über andere interne Dinge zu sprechen. Sie setzten sich in das an die Gaststube anstoßende Vereinszimmer. Sofort erschien der Geschäftsführer des Hauses der Frankfurter Arbeiter und erklärte, er könne nicht dulden, daß hier eine Versammlung stattfände und forderte die Genossen zum Verlassen des Lokals auf. Der Herr ist polizeilicher als die Polizei. Der Mann, der so schäbig handelt, war ehemals Reichstagsabgeordneter, mußte aber seinerzeit das Mandat niederlegen. Heute nimt er die schäbige Stelle eines polizeilichen Fürsorgeorgans.

Das außerordentliche Kriegsgericht zu Königsberg i. Pr. verurteilte am 22. Oktober d. J. Genossen Parteisekretär Hermann Linde zu drei Wochen Gefängnis wegen Weitergabe des amtlichen Stenogramms von Reichstagsreden der Genossen Herzfeld und Cohn.

Bereits am 17. September d. Js. hatte ein Termin zu dieser Sache stattgefunden in dem Genosse Linde den Vorsitzenden des außerordentlichen Kriegsgerichts, Herrn Geheimrat Thibien, als besangen abgelehnt hatte. Das Gericht vertagte damals die Verhandlung zwecks Beratung über diesen Antrag und setzte zum 22. Oktober einen neuen Termin an. Hier wurde die Besangenheit des Vorsitzenden abgelehnt und zur Verhandlung geschritten. Genosse Linde bestritt die Schuldfrage mit der Begründung, daß auch unter dem verschärften Belagerungszustand die Verbreitung von amtlichen Schriftstücken ohne vorherige Genehmigung gestattet sei, und daß die in Frage stehende Broschüre ein amtliches Stenogramm wäre. Das Gericht bestritt die Richtigkeit dieser Begründung und ging in seinem Urteil über den Vorschlag des Anklagevertreters, der unter Zubilligung mildernder Umstände 200 Mk. Geldstrafe beantragt hatte, hinaus. Es lehnte in seiner Urteilsbegründung mildernde Umstände ab und erkannte auf drei Wochen Gefängnis.

Breslau. Uns wird geschrieben: Wie die Regierungsozialisten, schüchtern von den Gewerkschaftsbögen, in dieser bewegten, ersten Zeit mit der Arbeiterschaft Schindluder treiben, muß hier einmal festgesetzt werden. Die hiesige „Volkswehr“ hatte einen Artikel gebracht, welcher sich mit den heutigen Zuständen beschäftigte, bei dem aber, wie das ja bei der Schreibweise des Blattes so üblich ist, die ersten Forderungen am Schluß des Artikels wieder aufgehoben wurden. Dessen ungeachtet brachte der Verlag am nächsten Tage mit großer Reklame die Nachricht, daß die „Volkswehr“ auf 3 Tage verboten sei. Das stellvertretende Generalkommando hatte eben für die „neue Demokratisierung“ unter Erzelenz Scheidemann, Bauer u. Gen. kein Verständnis. Während aber bei jeder Gelegenheit, wo in anderen Orten die Arbeiterschaft zur Herbeiführung des Friedens zum Demonstrationszettel griff, die hiesigen Partei- und Gewerkschaftsführer vor solchen Streiks energisch warnten, wurde jetzt wegen dieses Zeitungsverbot die Parole ausgegeben: „einen Tag“ zu streiken. Der größte Teil der Arbeiterschaft wußte nicht, warum gestreikt werden sollte, glaubt aber doch, es solle endlich auch hier einmal gezeigt werden, daß die Arbeiterschaft willens ist, der Demokratisierung etwas Nachdruck zu verleihen. Erst zu spät erfuhr sie, für was demonstriert wurde. Chefredakteur Löbe gab denn auch den Arbeitern in einer Zusammenkunft am Nachmittag den Rat, sich „etwas zu sonnen“ und morgen wieder arbeiten zu gehen. Das Zeitungsverbot war schon eingereicht. Die Arrangements hatten ihren Zweck erreicht, und das Romdänenspiel, das man schon seit 4 Jahren mit den Arbeitern treibt, hatte sein Ende. Wie lange noch wird sich der klaffenbewußte Arbeiter ein solches heuchlerisches, elendes Spiel von dieser Sorte „Führer“ gefallen lassen?

Hferlohn. Die Genossen des Wahlkreises Altona-Hferlohn hatten am Samstag, den 19. Oktober, im Lokal der Witwe Lange Hferlohn eine große Volks-

versammlung einberufen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Redner des Abends Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Herzfeld sprach über das Thema: „Der Krieg und die Arbeiter“ und charakterisierte mit treffenden Worten das Handeln der jetzigen sogenannten „Volksregierung“ insbesondere aber das Verhalten der Regierungsozialisten und betonte zum Schluß, daß von dieser Regierung dem Volke kein demokratischer Frieden beschieden sein könne. Denn die Völker müßten selbst ihre Geschichte in die Hand nehmen, um auf internationaler Grundlage einen Frieden zu schaffen, der von Dauer sei. In der darauffolgenden Diskussion nahm der „Führer“ der hiesigen Regierungsozialisten Herr Brouder das Wort, um unsern Genossen Herzfeld in der niederträchtigsten Art und Weise anzupöbeln. Zum Schluß gefiel sich dieser „Sozialist“ darin, der Versammlung das Schreckensgespenst des Bolschewismus an die Wand zu malen, wofür er aber bei den Versammlungsteilnehmern nur Lachen auslöste. In seinem Schlusswort wies Genosse Herzfeld die perfiden Anwürfe des Herrn Brouder, welcher sich inzwischen verduftet hatte, treffend zurück. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Internationale schloß der Vorsitzende die imposant verlaufene Versammlung.

Groß-Berliner Chronik.

Die Grippe fordert tagtäglich neue Opfer. Ueber die Ursachen und die Bekämpfung dieser Seuche wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung aus Anlaß eines Antrages unserer Genossen des Langen und Breiten gesprochen. Viel kam aus der Besprechung nicht heraus. In letzter Linie wurde weiter gestritten, ob man alle Schulen schließen soll, zumal von den 300 Gemeindefschulen bereits 216 geschlossen sind. Von unserm Redner wurde die Seuche mit dem Kriege und der schlechten Ernährung in Verbindung gebracht, das man von anderer Seite nicht wahrhaben wollte.

Arbeitsbeschaffung verlangte ein Antrag der Abhängigen, der in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung stand, auch wurde die Einführung einer Reichsarbeitslosenunterstützung gefordert, die die Stadt von den Reichsbehörden verlangen soll. Unsere Genossen beantragten Erhöhung der städtischen Arbeitslosenunterstützung. In der Besprechung wurde von dem Redner unserer Fraktion darauf hingewiesen, daß die Anträge nur einen kleinen Ausschnitt aus dem großen Gebiete der Uebergangswirtschaft darstellen und daß ein Antrag unserer Genossen, zu diesem Zwecke in gemischer Deputation zu beraten und die nötigen Vorbereitungen zu treffen, abgelehnt worden sei, auch von den Abhängigen. Und was die Absendung einer Petition an die Reichsbehörden um Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung betreffe, so wäre es doch weit bequemer, wenn man von Engelufert 1 Treppe nach Engelufert 4 Treppen zum neugebenedeten Staatssekretär gehe und diese Wünsche direkt anbringe. Das ginge doch schneller als wenn die Stadt erst petitioniere. Für den Magistrat gab der Oberbürgermeister eine Erklärung ab, wonach alle Vorbereitungen getroffen worden wären, um sofort nach Kriegsende Arbeiten ausführen zu lassen. Es wurde gehofft, daß auch Staat und Reich künftig mithelfen würden.

Verein „Freie Volksbühne“. Die am 24. Oktober abgehaltene diesjährige Generalversammlung gab Gelegenheit, berechtigte Ausstellungen und Wünsche vieler Mitglieder gegenüber den bisherigen und geplanten künftigen Darbietungen zum Ausdruck zu bringen. Den Hauptzweck des Vereins bildete ursprünglich die Hebung des Bildungsgrades der klaffenbewußten Berliner Arbeiterschaft durch künstlerische Erziehung zur Schärfung ihrer geistigen Waffen im Kampfe gegen den Kapitalismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Dieser leitende Gedanke hat sich aber im Laufe der Zeit immer mehr und mehr verflüchtigt, übriggeblieben ist eine Institution bürgerlicher Art, welche es sich zur ausschließlichen Aufgabe macht, den Mitgliedern annehmbare Aufführungen zu billigen Eintrittspreisen zu bieten. — In der Diskussion, welche sich an die Verichterstattung des Vorstandes knüpfte, nahm Genosse Marcussen als Mitglied des Zentral-Bildungsausschusses für Groß-Berlin Veranlassung, in ausführlicher Darlegung auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß die ursprünglichen Grundgedanken wieder zur Geltung gelangen. Er unterzog sowohl den vorjährigen als den diesjährigen Spielplan einer eingehenden Kritik und betonte, daß auch die neue Direktion Rosler bisher nicht das richtige Verständnis für die Ideologie und das geistige Streben der Berliner Arbeiterschaft bewiesen habe. Hierin müsse eine Wandlung eintreten. Die Aufführung romantischer Dramen z. B. wie „Merlin“, sei für eine Arbeiterbühne völlig unangebracht. Führt doch die Romantik zur Weltensagung, Weltkriechen, zum religiösen Mystizismus, zur Reaktion. Bahnt das in eine Zeit, in welcher alle Geister aufgerüttelt und befreit werden müssen im Kampfgefühl gegen die Mächte, in deren Interesse brutale Anbeugung alles dessen, was geistige Freiheit bedeutet, liegt? — Genosse Marcussen machte schließlich darauf aufmerksam, daß der Verein es als wichtige Aufgabe betrachten müsse, auf die Aufhebung der Theaterzensur hinzuwirken. Bekanntlich ist es zurzeit der „Freien Volksbühne“ und der „Neuen freien Volksbühne“ nicht einmal gestattet, in geschlossenen Vereinsvorstellungen ihren Mitgliedern unzensurierte Stücke vorzuführen! — Die Ausführungen fanden die Zustimmung sowohl der folgenden Diskussionsredner als auch des Vereinsvorsitzenden, welcher auf die verschiedenen Schwierigkeiten hinwies, welche sich den Bestrebungen der gedachten Art entgegenstellen; diese haben hauptsächlich ihren Grund in den Verhältnissen zur „Neuen freien Volksbühne“ und zur Theaterdirektion.

Bei den zum Schluß vorgenommenen Wahlen wurden die bisherigen Vorstandsmglieder bestätigt. In den literarischen Ausschuss wurden neugewählt die

Genossen Marcussen (an Stelle des Herrn Stampfer) und Dr. Restriple.

Die öffentliche Versammlung in Lichtenberg, die zu Mittwoch abend geplant war, konnte nicht stattfinden, weil das Polizeipräsidium sich immer noch auf eine Anordnung des Oberkommandos von Anfang Dezember 1914 bezieht, wonach öffentliche Versammlungen einzelner Parteien nicht zugelassen werden dürfen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hielt am 29. Oktober ihre fällige Generalversammlung ab. Es wurde beschlossen, die Geschäftsanteile von 30 auf 60 Mark zu erhöhen. In den Aufsichtsrat wurde die Vorschlagsliste gewählt, die von Mitgliedern der Genossenschaft aufgestellt war. Es sind dies folgende Mitglieder:

- F. Thielert, Berlin S.O., Brangelstr. 56.
- W. Spahn, Berlin N., Malplaquestr. 40.
- V. Jacobowski, Berlin SW, Kreuzbergstr. 42.
- S. Müller, Berlin N., Schivelbeinerstr. 40.
- W. Hubrich, Charlottenburg, Dantelmannstr. 16.
- W. Kohn, Berlin N., Spenerstr. 7.

Erfahrpersonen:

- R. Benzner Lichtenberg, Lückstr. 76.
- E. Rosemann, Berlin O., Wilsstr. 12.
- G. Dreßler, Berlin N.O., Chodowiastr. 69.
- Frau W. Wurm, Berlin W., Sieglitzerstr. 45.
- Jul. Grunow, Lichtenberg, Scharnweberstr. 12.
- W. Görn, Berlin N., Prinz Eugenstr. 23.

Diese Liste erhielt 690 Stimmen, während eine andere 530 Stimmen erhielt.

Bei dem Liebknecht Empfang wurde im Gedränge einem Kinde ein schwarzes Kinderschädel, enthaltend 2 Schlüssel, Kinderpokemonaie, Taschenbuch S. S., entrissen. Abzugeben im Büro Schilderstr. 5.

Aus dem Geisteschaos des Sozialismus.

Je mehr sich inmitten der Erschütterungen jeglicher Autorität die Sozialdemokratie als unerschütterliche Macht bewährt, desto höher wird ihre Autorität steigen. Und je mehr sie in unverdrossener Opposition gegen die Korruption der herrschenden Klassen verharret, desto lebhafter das Vertrauen, das ihr die großen Volksmassen entgegenbringen.

Je unerschütterlicher die Sozialdemokratie bleibt, um so eher wird sie ihre Gegner meistern.

K. Kautsky: „Der Weg zur Macht“ (Berlin 1910).

Zeit die Klassengesellschaften existieren und der Klassenkampf den wesentlichen Inhalt ihrer Geschichte bildet, war die Eroberung der politischen Macht stets ebenso das Ziel aller aufstrebenden Klassen, wie der Ausgangs- und Endpunkt jeder geschichtlichen Periode. Dies sehen wir in den langen Kämpfen des Bauerntums mit den Geldkapitalisten im alten Rom, in den Kämpfen des Patriziertums mit den Bischöfen und des Handwerkerturns mit den Patriziern in den mittelalterlichen Städten, in den Kämpfen der Bourgeoisie mit dem Feudalismus in der Neuzeit.

R. Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?“

Literarisches.

Sozialistische Auslandspolitik. (Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, H. Bloch, H. Haase, K. Kautsky, H. Ströbel, u. a. Erscheint wöchentlich einmal.)

Die soeben erschienene Nr. 44 enthält u. a.: Die Methoden der Abhängigen, von Rud. Breitscheid. — Friedenshindernisse, von Heinrich Ströbel. — Oesterreichische Probleme (III) von K. Kautsky.

Die Sozialistische Auslandspolitik kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Fasanenstr. 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungsliste Nachtrag Nr. 8.) Preis für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich vier Mark, für das übrige Ausland fünf Mark.

Aus den Organisationen.

Schöneberg. Am Dienstag, den 5. November 1918, abends 8 1/2 Uhr, findet ein gemeinsamer Jahlabend für alle Bezirke im Jugendheim, Gleditschstr. 19, mit folgender Tagesordnung statt: Vortrag, Diskussion, Geschäftliches, Verschiedenes. Es wird gebeten, recht pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Am Sonntag, den 10. November, vormittags 10 Uhr, findet in Schöneberg in der Schloßbrauerei, Hauptstraße, eine öffentliche Volksversammlung statt. Näheres wird durch Handzettel und Flugblatt bekannt gegeben. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulweg. Paul Horst, der 2. Vorpriester des Wahlvereins, ist am Freitag, den 25. Okt. plötzlich und unerwartet infolge eines Unglücks durch Gasvergiftung im 43. Lebensjahre verstorben. Auch seine Ehefrau ist an den Folgen dieses Unglücks verstorben. Horst war ein altes Parteimitglied, war lange Jahre im 3. Berliner Wahlkreis organisiert und tätig, bis er vor ungefähr 8 Jahren seinen Wohnsitz nach Treptow verlegte, wo er ebenfalls seine volle Pflicht als Parteigenosse tat. Die Parteigenossen von Treptow-Baumschulweg werden seiner stets ehrend gedenken.

Treptow-Baumschulweg. Am 22. Oktober hielt der hiesige Wahlverein der U. S. P. im überfüllten, größten Saale Treptows, dem Spreegarten, eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Eine geplante öffentliche Volksversammlung ist nicht gestattet worden.

gegen eine Mitglieder-Versammlung mit eingeladenen Gästen waren keine Bedenken erhoben worden. Reichstagsabgeordneter Henke referierte über: „Das neue Deutschland.“ Er schilderte die politische Situation, wie sie sich tatsächlich heute darstellt und geißelte auch die neueste Phase des Regierungssozialismus.

In der darauffolgenden Aussprache nahm der als Gast anwesende Regierungssozialist Herr Alwin Gerisch das Wort und suchte die Politik seiner engeren Freunde zu verteidigen. Er fand bei der Mehrzahl der Anwesenden kein Verständnis und es machte sich eine allgemeine Unruhe bemerkbar.

In seinem Schlusswort rechnete der Genosse Henke mit Herrn Gerisch gründlich ab. Die imposante Versammlung erreichte durch Eintritt der Polizeistunde ihr Ende.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 8. Novbr., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Reuthöfen, „Idalkasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43 bei O. Wamp; „Freireligiöse Vorlesung“. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Frau Marie Kriese: „Zur Kulturgeschichte der Ehe.“ Gäste willkommen.

„Männer- und Frauen-Chor Ost“

Vereinigung zur Pflege des vollstimmlichen Chorgesanges. Mitgl. d. D. L. S. P. Chorleiter: Herr W. Jahn.

Sonntag, den 17. November 1918:

Herbst-Konzert

in der Sing-Akademie (am Kastanienwäldchen).

Mitwirkende:

Kammermusik-Quartett Steiner Rothstein.

Orgel und Fagott: Herr Walter Jahn.

Anfang 7 Uhr.

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Programmhefte à 1,25 M. zu haben bei: Paul Schneider, Hufelandstr. 90, im Zigarrengeschäft; Karl Gertig, Niederbarnim Str. 8; Frau Beyer, Friedrichselder Straße 12; Otto Marquardt, Petersburger Str. 65; Max Ruffert, Marienburger Str. 7 und im Wahlvereinsbüro.

Unserem lieben Genossen

Karl Bohnenstengel

und seiner Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Funktionäre des 8. Bezirks des Ortsvereins Neukölln.

Dem Gedenken an den Musketier

Leopold Zeehe

geb. 31. Mai 1891, gefallen 31. Oktober 1914, gewidmet.

Er war einer Mutter einziger Sohn.

Nachruf!

Am 11. Oktober 1918 verstarb unser tüchtiges Mitglied, der Schuhmacher

Alfred Zwick

zur Zeit zum Heeresdienst eingezogen.

Unabh. sozialdem. Wahlverein Potsdam.

Nachruf!

Unserem lieben Freunde und Wandergenossen

Arthur Kunze

als letzten Gruß.

Ruhe sanft!

Deine Freunde werden Dich nie vergessen!

Jork Peschel,

Richard Straube,

Karl Müller,

Alfred Reil,

Nico Kimmel,

zur Zeit

im Feilde.

Sozialdem. Wahlverein Spandau.

(U. S. P. D.)

Nachruf!

Unser treues Mitglied, der Gastwirt

Friedrich Göhe

ist im 68. Lebensjahre nach langer Krankheit gestorben. Wir verlieren in ihm einen eifrigen und tätigen Genossen, der keine Arbeit scheute und mehrere Jahre als Stadtverordneter für unsere Sache tätig war. Er beteiligte sich auch trotz seines schweren Leidens noch reger an der letzten Niederbarnimer Reichstagswahl. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Nachruf!

Am 5. Oktober verstarb nach einjährigem Krankheitslager im Vereinslazarett Tempelhof unser Genosse

Theo Düring.

Am 20. Oktober verstarb unsere Genossin

Emma Tournier

2. Viertel, 5. Abteilung,

an den Folgen der Volksseuche.

Ehre ihrem Andenken!

Bezirkswahlverein Lichtenberg.

Gesangverein „Gesundbrunner Harmonie“.

Am 29. September fiel unser lieber Sangesbruder, Gesangler

Artur Komnick

im Alter von 26 Jahren, als 7. Opfer unseres Vereins.

Wir betrauern einen unserer pflichttreuesten Sangesbrüder.

Stumm schläft der Sänger!

Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Wahlverein Neukölln.

Im Feldlazarett im Westen verstarb am 12. 10. unser Mitglied

Max Hasselbach

22. Bezirk.

Unser Mitglied, der Rohrleger

Wilhelm Wilde

Weißestr. 54, 21. Bezirk,

fiel bei den letzten Kämpfen im Westen.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 24. Oktober verstarb unsere Genossin

Auguste Schulz

Romintenerstr. 29, Bezirk 319 II.

Am 16. Oktober verstarb unsere Genossin

Marie Wildhagen

Friedenstr. 86, Bezirk 276.

6. Wahlkreis.

Am Freitag, den 25. Oktober, verstarb unser Genosse, der Herrenmaßschneider

August Gotthe

Schröderstr. 7, 11. Abt., Bez. 683.

Desgleichen verstarb an demselben Tage unser Genosse, der Restaurateur

Wilhelm Kalkbrenner

Gerichtstr. 60, 17. Abt., Bez. 799.

Wahlverein Neukölln.

Unseren Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Arthur Kunze

an Lungentuberkulose gestorben ist.

An der Grippe verstarb am 18. Oktober unsere Genossin

Anna Höse

Selchowerstr. 28, 22. Bezirk.

Wahlverein Britz.

Am 22. Oktober verstarb an Lungentuberkulose unser Mitglied

Hermann Ott

im 43. Lebensjahre.

Wahlverein Adlershof.

Am Sonnabend, den 19. Oktober, starb an den Folgen der Grippe unser treues Mitglied, der Maurer

Karl Joch

im Alter von 48 Jahren.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Borsigwalde.

Am 21. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit der Lackierer

Otto Schulze

Borsigwalde, Ernststraße 5.

Ehre ihrem Andenken!

Die Neuorientierung und der Reichstag.

193. Sitzung, den 22. Oktober 1918, nachm. 2 Uhr.

Die kleinen Anfragen werden von der Tagesordnung abgesetzt. Das Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft wird dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Die allgemeine politische Aussprache.

Zur Beratung stehen der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichstags und die Vorlage über die Mitwirkung des Reichstags bei Entscheidung über Krieg und Frieden.

Der Reichskanzler:

In Fortgang der von der neuen Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleiteten Friedensaktion kamen zunächst Gegenfragen des Präsidenten Wilson. Unsere unzweideutig bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Ich muß mir die größte Zurückhaltung auferlegen, wenn ich mich vor Ihnen über die Aussichten des Friedenswerkes äußere: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?

auf den Höhepunkt geführt. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei da, in dem alle den Haß und die Rachsucht auf dem Boden unserer Heimat stillen können; auf der anderen Seite sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Uebereinkunft den Frieden zu erhalten, oder wie im jetzigen Augenblick, ihn zu erreichen. Das Kräfteverhältnis in diesem Kampfe der Meinungen können wir noch nicht abschätzen. Die letzte Note Wilsons hat noch keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten endgültige Gewißheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen: 1. darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns bis zum äußersten zur Wehr zu setzen. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie es beim Friedensangebot tun durfte. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampfslos dem Gewaltfrieden zu beugen. (Lebh. Zustimmung.) Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben und würde vom Jorn der Dementlichkeit hinweggefegt. (Sehr richtig!) Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: Wenn nun ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt, was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für Recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für Recht erkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes und sieggewohntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen dürfen. — Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist

der Völkerbund.

Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstüberwindung aufraffen. In einer solchen Völkergemeinschaft müssen Teile der unbedingten Selbstständigkeit aufgegeben werden, von uns wie von den andern. Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geist wir dieser notwendigen Entwicklung folgen. Beharren wir innerlich auf der Basis des bisher herrschenden nationalen Egoismus, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. Wenn wir aber eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem

der Sieg der Rechtsidee

ist, und wenn wir uns dieser Idee mit aller Freiwilligkeit unterwerfen, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft.

Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch

die Durchführung unseres Regierungsprogramms,

das die entschiedene Abkehr von alten Wegen bedeutet. Ich habe schon am 15. Oktober die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke, und die dem Programm der Mehrheitsparteien entsprechen. Demgemäß habe ich mit meinen

Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freiheitliche Zustände herbeiführen sollen.

Die Reform des Wahlrechts in Preußen

ist durch das dankenswerteste Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist. (Lebh. Bravo.) Die heute vorliegenden zwei Gesetzentwürfe sollen die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Reichstagsabgeordneten die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren. Das ist zur Festigung der Verbindung zwischen Parlament und oberster Reichsbehörde unerlässlich. Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers soll insofern geändert werden, daß auch die in die Regierung eintretenden Reichstagsabgeordneten namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne zugleich ein Ressort bekommen zu haben. Dieser neue Weg wird bisher brachliegende wertvolle Volkkräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament freimachen. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen

politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers,

die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Befähigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amte bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig!) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine Neuerrichtung des öffentlichen Rechts bekräftigt und verbürgt wird.

In Elsaß-Lothringen

hat ein Elässer die Statthaltertschaft übernommen. ein Elässer ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen führende Männer aus der Zweiten Kammer des Landtages eintreten. Der zweite Entwurf, der die

Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung

bezwelt, will, daß der Reichstag als die berufene Volksvertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfrage der ganzen Nation, bei der Frage von Krieg und Frieden, ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Lebh. Bravo!) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten. Die Bürgschaft könnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Bestimmung unterworfen würden. Auch das soll geschehen, wenn der Völkerbund praktische Gestalt gewinnt. Solange aber darüber noch kein Weltrecht besteht, würde Deutschland durch eine einseitige innere Bindung in Nachteil geraten. — Die

volle Wiederherstellung der Staatsbürgerfreiheit

wird uns erst der Frieden bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit können aber wenigstens jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden, der für die Ausführung verantwortlich ist. Inzwischen ist ja eine dementsprechende Anordnung Se. Majestät des Kaisers ergangen. Einigt sich der lokale Militärbefehlshaber nicht mit der zivilen Verwaltungsbehörde, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen, und dieser kann keine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich nicht selbst oder durch meinen Vertreter, Staatssekretär Gröber, zugestimmt habe. Es ist dafür gesorgt, daß

der Belagerungszustand

in dem Geiste gehandhabt wird, in dem ich die Leitung der Reichsgeschäfte übernommen habe. Die angekündigte Begnadigung von Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellungen verurteilt worden sind, ist inzwischen im weiten Maße durch den Amnestieerlaß des Kaisers erfolgt. Stimmen Sie den beiden Vorlagen zu, so wird die Volksregierung fest in den Reichsgesetzen verankert werden. Ein Rückblick auf die politische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen wird bei Ihnen sehr verschiedene Stimmungen auslösen. Dem einen wird es als der ungestüme und unbesonnene Lauf auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem andern als das zögernde Laufen nach neuen Staatsformen. Gegenüber der Mehrheit des Reichstages stelle ich namens der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziele als auch in der Art, in der wir ihm nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel ist die

politische Mündigkeit des deutschen Volkes.

(Beifall b. d. Mehrheit.) Das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten. (Erneuter Beifall.) Unser Volk hat schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher seiner politisch reifen Nachbarn beneidet hat. Ich verweise auf die deutschkommunale Selbstverwaltung und das Reichstagswahlrecht, als das freieste Wahlrecht der Welt. Der Reichstag, der so frei gewählt war, besaß stets das politische Machtmittel der Budgetbewilligung. Aber das deutsche Volk machte von seiner Macht an den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch, weil es die Lichtigkeit der eingesehten Gewalten gern gewähren ließ. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einzelleistungen außerhalb der Politik. Nicht der Willkür der einzelnen Verbände, sondern dem Mangel an politischem Willen gewaltt das deutsche Volk, daß es so lange als der Obriegkeitsstaat galt. (Sehr richtig!) Seit dem Juli 1917 reifte der Entschluß zu politischer

Verantwortung, und Ende September 1918 kam er zum Durchbruch. Jetzt soll dieser Entschluß gesetzliche Form erhalten. Wieder ergeht an uns Fichtes Ruf: „Erhaltet euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die nur ihr lösen könnt.“ Die neue Freiheit wird Schätze in der Tiefe unseres Volkes heben. Die Stunden im Leben der Deutschen, die als die Zeiten der großen Niedergeschlagenheit erschienen, sind noch immer die Geburtsstunde neuer Kräfte gewesen. Vor den Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört unserem Heere. Man kann nicht unser Heer beleidigen, ohne unserem Volk an die Ehre zu greifen. (Lauter Beifall.) Schlimme Einzeltaten hat es in jeder Armee gegeben, aber gerade der Geist des Volksheroes lehnt sie ab. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Herold (Zentr.): Wir stimmen den Ausführungen und zu den Friedensbestrebungen zu. Das deutsche Volk hat jetzt seine Geschichte selbst in die Handlungen des Reichskanzlers über unsere innerpolitische genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Im größten deutschen Bundesstaate, in Preußen, ist die Einführung des gleichen Wahlrechts gesichert, und zwar ohne jede Erschütterung. — Den Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 in der Verfassung halten wir nicht für ausreichend. — Der Friedensschritt unserer Regierung beim Präsidenten Wilson und die letzte deutsche Erklärung findet ihre Zustimmung, aber: die Verheerungen von Nordfrankreich und Flandern sind auf die Wirkungen der feindlichen Artillerie zurückzuführen. Wir haben unsere Bereitschaft zu einem annehmbaren Rechtsfrieden erklärt. Aber die Zukunft Deutschlands muß dabei gesichert sein. Das deutsche Volk läßt sich nicht vernichten. (Bravo!)

Abg. Ebert (Soz.): Herrlichen Zeiten sind wir wahrhaftig nicht entgegengeführt worden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine nächtliche Prüfung der tatsächlichen und politischen Lage mußte die neue Regierung zu dem Gelock und dem Waffenstillstand und Frieden führen. Nur ärgste demagogische Verlogenheit kann behaupten, daß die Demokratie durch Preisgabe des deutschen Volkes oder auf Kosten der Interessen des deutschen Volkes zur Macht gelangt sei. Sie mußte die Macht ergreifen, weil nur sie imstande war,

Deutschland zu retten.

(Lebh. Zustimmung links.) Unser Ersuchen an den Präsidenten Wilson hat die Zustimmung aller zur Mitwirkung berufenen Instanzen gefunden. (Hört, hört!) Auch meine politischen Freunde billigen diesen Schritt und ebenso die Antworten auf die Gegenfrage Wilsons. Unsere neue Regierung hat sich an den Präsidenten Wilson gewendet, weil er sich noch am 27. September zum Prinzip des Friedens unparteiischer Gerechtigkeit bekannt hat, der unabhängig sein sollte von jeder militärischen Lage. Ausdrücklich hat er die Absicht von sich gewiesen, auf Demütigung und Vernichtung des Gegners auszugehen. Jetzt hat er Gelegenheit, sich durch die Tat als der großzügige Idealist und rechtshaffene Mann zu erweisen, der dem Gemehel Einhalt gebietet und die Grundlagen zum Dauerfrieden legt. (Lebh. Beifall.) Möge Präsident Wilson nicht auf die englischen und französischen Imperialisten und Chauvinisten hören, sondern auf die Stimmen eines Herder und eines Longuet hören, die dringend zu einem Frieden raten, der keinen Rachegeist und keinen Revancheburst zurückläßt. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Den unbeschränkten U-Boot-Krieg

haben wir immer bekämpft und Unheil vorhergesagt. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung in diesem Augenblick auf die Waffe des U-Boot-Krieges großzügig Verzicht geleistet hätte. (Zuruf rechts: Hat sie ja!) Der Befehl an die U-Boot-Kommandanten bezeugt jedenfalls den Entschluß, dem Standpunkt des Präsidenten Wilson gerecht zu werden und den Haß abzubauen. (Sehr richtig! links!) Präsident Wilson verlangt die

Zerstörung jeder willkürlichen Macht,

die den Frieden der Welt zerstören kann. Das ist eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie. Wir haben schon 1908 genau formulierte Anträge eingebracht, die leider erst jetzt viel zu spät zur Annahme gelangen, was sehr zu bedauern ist. So bedauerlich es ist, daß die Demokratie in Deutschland erst zur Durchführung gelangt, nachdem der militärische Vorteil sich auf die Seite der Gegner geneigt hat, so gewiß entspringt sie doch der eigenen Initiative unseres Volkes. Unser Volk wird sich sein Selbstbestimmungsrecht nicht mehr entwinden lassen. Aber sein Selbstbestimmungsrecht kann ein Volk nur dann wahren, wenn es auf dessen Aufrechterhaltung nach außen ebenso bedacht ist wie nach innen. Deshalb beanspruchen wir für das deutsche Volk dasselbe Recht, das wir anderen Völkern zugestehen, und nie hätten vorenthalten dürfen. (Lebh. Zustimmung.) Der 5. Oktober ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Er ist ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands. Die Regierung des Volkstrauens leitet gegenüber dem alten System der feudalen Volksverachtung eine neue innerpolitische Epoche ein. (Lebh. Zustimmung links.) Das deutsche Volk läßt sich nicht länger bevormunden. Wir waren immer der Ueberzeugung, daß ein großes Volk der Gegenwart nicht dauernd von einer dünnen privilegierten Oberschicht auf Grund erblicher Vorrechte regiert werden könne. Eine Fortsetzung der alten Ausschaltungspolitik ganzer Klassen, Nationen und Konfessionen, die für Deutschland verhängnisvoll waren, ist unmöglich. (Lebh. Zustimmung links.) In dieser Zeit der schwersten Prüfung müssen alle Kräfte mobil gemacht werden. Wer jetzt noch der Demokratie in Deutschland Widerstand leistet, vergeht sich an der Sicher-

heit des Landes. (Lebh. Zustimmung links.) Junkertum und Bürokratie haben endgültig ausgespielt. Für Volk und Reich ist die Demokratisierung eine Lebensnotwendigkeit geworden. Die bestehenden Klassen sollten froh sein, wenn der deutsche Volksstaat sich im Wege friedlicher politischer Reformen entwickelt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bliden Sie nach Rußland und seien Sie gewarnt! Was bisher geschah, ist nur der Anfang eines Uebergangs. Wir Sozialdemokraten sind uns klar, daß von wirklicher Demokratie und Volksbefreiung

erst gesprochen werden kann, wenn die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt und der Klassengegensatz aufgehoben ist. Um im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung den Volkswillen zur maßgebenden Gewalt zu erheben, bedarf es auf der Stelle durchgreifender Änderungen unserer Reichsverfassung. Der Entwurf über die Abänderung des Artikels 11 geht uns längst nicht weit genug. Das Recht, den Krieg zu erklären, muß in allen Fällen von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht werden. Wir sind Gegner von Geheimverträgen, die eine so verderbliche Rolle gespielt haben. (Sehr wahr!) Wenn es zu einer Völkervereinigung kommt, müssen wir uns rückhaltlos gegen Geheimverträge und Sonderverträge erklären. (Sehr wahr!) Die parlamentarische Regierungsform muß unwiderruflich festgelegt werden. Der Reichskanzler darf nur mit Zustimmung des Reichstages ernannt werden, und er muß sein Amt niederlegen, wenn der Reichstag es fordert. Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz begrüßen wir. Der Reichstag muß aber die Möglichkeit haben, den Reichskanzler oder seine verantwortlichen Minister vor einem Staatsgerichtshof zur Verantwortung ziehen zu können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Sicherstellung der Demokratie erfordert dringend weitergehende Verfassungsänderungen. Die Militärgewalt darf nicht länger mehr Staat im Staate sein, das Militärkabinett muß seiner Machtbefugnisse entleert und dem Kriegsminister unterstellt werden. Ernennung und Verabschiedung von Offizieren und Beamten bedarf der Gegenzeichnung der Minister. Unhaltbar ist

die absolutistische Stellung des Großen Generalstabes.

Für das persönliche Regiment, für die Politik der gepanzerten Faust, ist kein Raum mehr im deutschen Land. (Lebh. Zustimmung.) Deutschlands beste Freunde haben nicht verstehen können, wie wir trotz aller technischen und geistigen Leistungen in der politischen Entwicklung soweit zurückgefallen konnten. Hier liegt der Brennpunkt des Mißtrauens der ganzen Welt gegen uns. Engstirniger Volksegoismus, frivolste Sabeltrassen und provozierender Junkerübermut haben Haß und Verderben über uns gebracht. (Sehr wahr!) Nun duldet die Rot keinen Aufschwung mehr: Deutschland muß frei werden oder untergehen. Wir warnen dringend in Rücksicht auf Formalsvorschriften die Durchführung des preussischen Wahlrechts noch auf Monate hinauszuschieben. Wenn irgendwo, so ist hier Eile nötig. (Lebh. Zustimmung.) Das deutsche Volk hat in diesem Kriege eine Widerstandskraft und moralische Stärke gezeigt, wie niemals ein anderes Volk der Welt. Diesem Volke kann das gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht nicht länger verweigert werden. Das ist in Preußen ebenso unmöglich wie in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und anderen Bundesstaaten. (Sehr wahr!) Auch wir achten den föderativen Charakter des Reiches, wir wollen aber, daß die Volksstämme ihr Schicksal selbst entscheiden können. Wie viel klüger wäre es gewesen,

den Elsaß-Lothringern ihr Recht

längst zu geben. Keine Partei und andere haben oft genug darauf gedrängt. In dieser Schwäche gegen die Militärpolitik liegt der Kardinalfehler unserer bisherigen Politik. Man hat die Militärpolitik geflüstertlich in das Heer hineingetragen und mit ihr vielfach auch entscheidend in den Gang der Reichspolitik eingegriffen. Darf eine Auslands-Abteilung der Obersten Heeresleitung auswärtige Politik auf eigene Faust treiben und die Politik des Reiches durchkreuzen? Welche ungeheuerlichen Schäden hat die Militärpolitik in den östlichen Randstaaten angerichtet? Die Militärs haben in der Bewältigung ihrer technischen Aufgaben ein sehr großes Arbeitsfeld. Auf politischem Gebiet haben sie bisher nur Unheil angerichtet.

Jeder Versuch einer militärischen Nebenregierung muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. (Lebh. Zustimmung.) Der Geist der Ueberhebung hat auch bei

der Handhabung des Belagerungszustandes

zu trüben Erfahrungen geführt. Es hat sich ein Zustand trassierter Willkür und Diktatur herausgebildet. Wir haben stets die Aufhebung des Belagerungszustandes im Innern des Reiches gefordert und halten auch heute daran fest. Trotz technischer Schwierigkeiten darf die Reform nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es muß sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit durchgeführt werden. Der Einfluß des Militärs muß auf die rein strategischen Fragen, auf die tatsächlich militärischen Angelegenheiten eingeschränkt werden. Nur so kann den Uebergriffen des Militärs auf dem Gebiete der Zensur und des Versammlungsrechtes, die bis in die letzten Tage hinein fortgesetzt worden sind, endlich ein Halt geboten werden. Wir wollen einen ehrlichen und dauernden Frieden für die gesamte Menschheit. Erleben wir eine Enttäuschung, dann werden wir nicht verzagen; denn wir glauben an unser Volk. Zu ihm wollen wir dann in Treue stehen. (Beifall.)

Abg. Naumann (Vpt.): Wir denken dankbar daran, was in diesem Jahre die deutsche Armee draußen durchgemacht hat. Das Zwei-Parteien-System kann nicht mehr aus diesem Hause verschwinden. Früher konnte die Regierung die Parteien gegeneinander auspielen. Das hat aufgehört. Bisher waren auch in der Regierung zwei verschiedene Regierungsapparate. Es gab zweierlei auswärtige Politik. Deshalb wurde in den Randstaaten zwispaltige Politik getrieben. Ähnlich war es mit den Elsaß-Lothringern. Die bisherige Regierung vermochte bis jetzt nicht den nationalen Freiheitsgedanken zu verkörpern. Wir waren mehr Ordnungsvolk als Freiheitsvolk. Auch in den besetzten

Gebieten haben wir tadellos geordnet, aber den Weg zur Seele der Völker haben wir nicht gefunden. So etwas stand nicht als Aufgabe im Programm. Wir sind ein gerechtes Volk gewesen und haben uns emporgearbeitet. Deshalb haben wir Sympathie mit allen Völkern, die sich emporgearbeitet haben. Die Konservativen sind die einzigen, die wissen, was es ist, Regierungspartei zu sein. Sie wissen, daß ihnen etwas genommen ist, glauben aber, daß die Nachfolger es doch nicht schaffen werden. Auch die Konservativen werden nie wieder zur Regierung kommen, außer auf dem Wege des Mehrheitsprinzips. Deshalb muß auch das Wesen der konservativen Partei den größten Wandlungen unterliegen. Ebenso wie das Wesen der bisher kritisierenden Parteien sich umschaffen muß

in staatsverhaltende und schaffende Parteien.

Eine Nation, die der Welt gegenüber Jahre lang so ausgehalten hat und in sich solche Kräfte des Arbeitens hat, ist nicht totzumachen. (Beifall.) Das geht nicht. Aber mit uns im Frieden leben, das geht, wenn Sie nur wollen. (Beifall.)

Abg. Stresemann (Nat.): Der Friedensschritt der Regierung wird von uns gebilligt. Unser Heer leistet in diesem Augenblick, wo es nicht zu liegen vermag, Unmenschliches. Das Blut, das weiter vergossen werden muß, kommt nicht auf unser Haupt. Von einem Verrat Bulgariens möchte ich nicht sprechen. Die Geschichte wird zeigen, wie weit der Friede von Butarest da mispricht. In Oesterreich ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Wir haben an einen deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Nach den beispiellosen Erfolgen unserer Truppen hatten wir ein Recht dazu. Bittere Empfindungen müssen in uns aufsteigen, wenn wir jetzt hören, was wir an Schaffung von Tanks und U-Booten hätten leisten können, und daß nicht alle Kraft ausgenutzt wurde. (Sehr richtig!) Zusammengebrochen ist das ganze System der Geheimräerei. Wir sind und bleiben Monarchisten. Wir sind aber überzeugt, der Monarchie am besten zu nützen, wenn wir an der Neuordnung der Dinge tatkräftig mitarbeiten. Wenn das Geschick unseren Untergang beschloffen hat, so kann er nur so sein, daß wir vor der Geschichte bestehen können. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir sehen in der neuen Entwicklung nicht einen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung. Die Regierung wird lediglich ein Vollzugsausführer des Reichstages. Wir schädigen unser Heer gerade in der jetzigen schwersten Zeit, wenn wir die Tätigkeit des Generalstabes unter die Einwirkung des Reichstages stellen. Wir lehnen die Verantwortung für diese Entwicklung ab, wie wir die vorliegenden Veränderungen nicht mitmachen. Das Friedensangebot war nicht zweckmäßig und auch nicht notwendig. Auch wir wünschen von Herzen den Frieden. Das deutsche Volk kann und will aber nicht zur Kapitulation gezwungen werden.

Die Abg. Gothein (Fr. Vp.), Herold (Zentr.) und Dr. Stresemann (Nat.) haben eine Resolution eingebracht, die dem Reichskanzler das Vertrauen ausspricht. Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Schluß gegen halb 7 Uhr.

194. Sitzung. Mittwoch, den 23. Oktober.

Am Tische des Bundesrats: v. Payer, Trimborn, Dr. Solf, Graf Roedern, Gröber, Haubmann, Scheidemann, Erzberger, v. Krause, Schiffer, Scheuch.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Meine Herren, seit der letzten Tagung des Reichstages im Juli dieses Jahres ist ein völliger Umschwung der politischen und militärischen Lage eingetreten. Die Weltrevolution, die dieser Krieg eingenommen hat, hat seitdem eine stürmische Entwicklung genommen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Alte Reiche stürzen zusammen. Das mit Blut und Eisen zusammengeschweißte österreichisch-ungarische Kaiserreich hat sich aufgelöst. Die Türkei existiert in ihrem alten Bestande nicht mehr. Ein Araberreich ist entstanden, Ägypten ist fester an England angegliedert. Englands Einfluß durchdringt Mesopotamien und Palästina. Frankreich hat seine Stellung in Syrien befestigt. Bulgarien ist aus dem Bündnis mit uns ausgeschieden und schließt einen Sonderfrieden mit der Entente. Oesterreich und Ungarn sind genötigt, infolge ihrer inneren Zustände diesem Beispiel zu folgen.

Der deutsche Imperialismus hat also das blutige Spiel im vollen Umfange verloren.

(Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Er hat die denkbar schwerste Niederlage erlitten. Die Parole Helgoland-Bagdad wurde ja dazu benutzt, um die Volkseinstimmigkeit bei Beginn des Krieges aufzupeitschen. Dieses Programm ist zusammengebrochen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Wir empfinden über einen Frieden, der zwar den deutschen Kapitalismus in seiner Entwicklung stört, der aber den Kapitalismus der Entente stärkt, ihm andere Länder zur Ausbeutung überliefert, keine Befriedigung. Wir sind und bleiben Gegner eines jeden Kapitalismus. Wir verwerfen überall die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Selbst Professor Hoersch hat in der Kreuzzeitung zugestanden, daß mit dem Ausscheiden Bulgariens aus diesem Kriege der Krieg weltpolitisch zugunsten Deutschlands entschieden ist. Daran ist auch nicht zu zweifeln. Aber der Krieg ist, wie Tizza, der doch als eine Hauptstütze unseres Bündnisses galt, vor kurzem im ungarischen Parlament ausgesprochen hat, auch militärisch verloren. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) und es wäre sinnlos, ja es wäre verbrecherisch, wenn auch jetzt noch in Deutschland Versuche unternommen würden, die Lage zu verschleiern, nicht den Tatsachen klar ins Gesicht zu schauen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Das deutsche Volk fühlt sich belogen und betrogen in den letzten Jahren.

(Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Das deutsche Volk begreift nicht, wie es möglich geworden ist, nachdem ihm Jahre hindurch Tag für Tag erzählt worden ist von offiziellen Stellen und in den Zeitungen, auch in den Zeitungen der Regierungsozialisten bis zur letzten Minute fast, daß wir Sieg über Sieg erringen, daß nunmehr die deutsche Regierung ein Waffenstillstands- und Friedensangebot hat machen müssen.

M. H., es gibt viele unter den mit fernstehenden Parteien, die in den letzten zwei Wochen das Geständnis abgelegt haben, daß meine Partei es gewesen ist, die am frühesten die wahre Sachlage erkannt und das Volk über den Tatbestand aufzuklären versucht hat. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Die friedensfeindliche Haltung von Regierung und Mehrheitsparteien.

Es wäre mit uns ganz anders bestellt, wenn schon im Frühjahr 1915 die ersten Friedensfäden, die sich damals anspannen zwischen Deutschland und England, nicht zerrissen worden wären. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Als von uns darauf hingewiesen wurde, daß im Haag zwischen englischen einflussreichen Parlamentariern und Vertrauensmännern des deutschen Volks Aussprachen über einen Frieden stattgefunden haben, wurden wir beschimpft, da hielt es Herr Scheidemann für seine Aufgabe, in der Presse einen Artikel zu verbreiten und unsere Auffassung als Friedensente zu bezeichnen. Schon damals haben wir das Material unterbreitet, aber die Parteien dieses Hauses mit Ausnahme meiner Fraktion haben ihm blind vertraut, und die Erklärungen, die der damalige Unterstaatssekretär Zimmermann gemacht hat, hat diese Behauptungen von uns für falsch angesehen. Ich glaube nicht, daß heute noch jemand in diesem Hause ist, der es wagen wird, die Erklärungen unserer Regierungsvertreter als so fest anzusehen, daß man auf sie mit aller Sicherheit sein Urteil stützen könnte. Als im Frühjahr 1916 ich an dieser Stelle es aussprach:

dieser Krieg wird damit enden, daß es keinen Sieger und keine Besiegten geben wird, sondern nur Völker, die aus tausend Wunden bluten, hat es einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Und es waren die Herren der sozialdemokratischen Partei insbesondere, die sich nicht genug tun konnten, Beschimpfungen gegen uns zu schleudern.

Sogar der Unterstaatssekretär Dr. David —

(Stürmische Zurufe und Unruhe b. d. Soz. Glocke des Präsidenten.)

Haase (fortfahrend): M. H.! Daß Sie die Stirn haben, dokumentarisch belegte Tatsachen durch Geschrei aus der Welt schaffen zu wollen, kennzeichnet Sie. M. H.! Wie wenig es stimmt, daß Sie nur darüber enttäuscht waren, daß meine Gruppe mich als Redner vorbandte, beweist die Tatsache, daß Ihr Mitglied Dr. David mir an den Kopf warf, daß ich die Interessen des Auslandes vertrete. (Zuruf.) Wir wären heute glücklich, wenn die Situation, die ich damals richtig bezeichnete, noch bestünde; aber mit dem Moment, wo Sie dazu übergingen, den verschärften Unterseebootkrieg einzuleiten, stimmte die Prognose nicht mehr. Meine Freunde und ich haben seitdem von dieser Stelle aus wiederholt erklärt, daß Sie

das deutsche Volk an den Abgrund führen,

und daß die Gefahr besteht, daß es in den Abgrund hineinstürzt. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Allmählich ist auch bekannt geworden, auch durch Mitteilungen von anderer Seite, auch durch Herrn Schulze-Gaevernich, daß

im Jahre 1916 die Möglichkeit bestand einen Frieden zu schließen, daß unsere Regierung diese Gelegenheit nicht wahrgenommen habe,

sondern die Bemühungen des Präsidenten Wilson durchkreuzt hat. Es wäre sehr wertvoll, wenn der neue Herr Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes die Archive öffnen wollte und dem Hause Mitteilung davon machen würde, wie es im Herbst 1917 mit den Bemühungen des Papstes um einen Frieden bestellt gewesen ist. Auch damals — die Tatsachen sind bisher nicht öffentlich bekannt — ist an der Haltung unserer Regierung die Bemühung, den Frieden herbeizuführen, gescheitert. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz. und den Polen.)

Es ist ja überaus bezeichnend, daß die meisten Parteien jetzt von dem verschärften Unterseebootkrieg abzurücken suchen. Sie möchten nicht gern als diejenigen gelten, welche diesen Krieg empfohlen haben und für ihn eingetreten sind. Es ist richtig, daß z. B. die Regierungsozialisten im letzten Augenblick vor diesem Kriege gewarnt haben, wie gefährlich ein solcher Krieg sei, daß er mit Notwendigkeit Amerika an die Seite unserer Gegner treiben und vielleicht unser Schicksal besiegeln würde. Aber alle Parteien dieses Hauses, mit Ausnahme meiner Fraktion, sind am letzten Ende an diesem Ergebnis mißfällig. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.); denn wir haben nicht vergessen, daß die erste Unterseeboot-Resolution von den Herren Graf Westarp und Henning v. Helldorf, und von diesen Namen mit unterzeichnet worden ist. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Jeder Politiker mußte einsehen, daß nachdem das Unterseeboot als eine wirkungsvolle Waffe bezeichnet worden war, ohne Rücksicht auf die völkerrechtlichen Grundsätze, mit innerer Logik schließlich der Unterseebootkampf zum verschärften Unterseebootkampf übergehen müsse. Diese Konsequenz nicht gesehen zu haben und im letzten Augenblick lediglich vor ihr zurückzusehen, das ist nicht ein Zeichen von großer politischer Einsicht. Jedenfalls bleiben alle Parteien dieses Hauses, die jene erste Unterseeboot-Resolution gefaßt haben, für die Folgen mit verantwortlich. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

An dem Zustande, der eingetreten ist, tragen Sie überhaupt die Schuld, weil Sie es gewesen sind, die bis zum letzten Augenblick dem alten System, unserer Heeresleitung insbesondere, die Mittel bewilligt haben, um den Krieg fortzusetzen, den das alte System eingeleitet hat. Sie berufen sich in den Mehrheitsparteien auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917.

Diese Friedensresolution sollte doch wirklich endlich be-

graben sein. Ich wenigstens habe es höchst sonderbar empfunden, daß die Reichsparteien dem neuen Herrn Reichskanzler die Bedingung gestellt haben, daß diese Friedensresolution auch zu einem Bestandteile seines Programms gemacht werde; denn wie diese Friedensresolution mit den Wilsonschen Grundzügen in Einklang zu bringen ist, das ist Ihr Geheimnis, das Sie niemals werden aufklären können. (Zustimmung b. d. Unabh. S.) Wie die Friedensresolution aufzufassen ist, das kann man lediglich durch die Art ihrer Anwendung bestimmen; und zur Anwendung ist sie bei den

Friedensverträge von Brest-Litowsk und bei dem Friedensvertrag von Bukarest

gekommen. Der Staatssekretär Erzberger ist es gewesen, der in diesem Hause mir gegenüber, als jene Friedensverträge geschlossen wurden, erklärte, daß sie im Rahmen jener Friedensresolution vom 19. Juli 1917 lägen. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Daß diese Friedensverträge einen Gewaltfrieden und nicht einen Rechtsfrieden bedeuten, das bestreitet heute niemand. Wie kann man da noch jene Friedensresolution heranziehen und als Schaustück dem Volk oder gar der gesamten Welt zeigen. Es wird immer nur von einer Friedensresolution des 19. Juli 1917 gesprochen. Aber neben jener berühmten Resolution lag noch eine andere vor, die von meiner Fraktion eingereicht war. Diese Resolution, die alle Parteien des Hauses niedergestimmt haben, drückt das klar aus, was allein als Grundlage eines Rechtsfriedens gelten kann. Es heißt, wie ich Ihnen ins Gedächtnis zurückführe, in der Einleitung:

Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art, ohne Kriegsschädigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechts.

(Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Daran war nicht zu denken und zu rütteln, und hätten wir auch nur diese Bestimmungen angenommen, so hätte die Welt rechtzeitig erfahren, daß die deutsche Volksvertretung sich vom Boden der Gewaltpolitik abgewendet hat und den Frieden auf einer demokratischen Grundlage herstellen will.

Der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der Völker bringt stetig in der Welt durch kein Land kann sich ihm mehr entziehen, und da ist es wichtig, festzuhalten, daß es die revolutionären Sozialdemokraten waren, die sich in Zimmerwald während dieses Krieges vereinigten, die als erste diesen Gedanken als Voraussetzung für einen gedeihlichen Frieden proklamierten. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Meine Fraktion darf es für sich in Anspruch nehmen, daß sie in diesem Hause zu einer Zeit, wo die anderen nicht daran dachten, sondern alle das Dogma von der Unverletzlichkeit der Grenzen des alten österreichischen, auch sogar des türkischen Staates verkündeten, das Selbstbestimmungsrecht in diesem Hause als denjenigen Grundgesetz feierten, der schließlich zur Durchsetzung kommen werde und der die Grundlage der Friedensbedingungen bildete. So liegt es jetzt. Da gibt es nun, jede Zweideutigkeit unter allen Umständen zu vermeiden, weil Unaufrichtigkeit das stärkste Friedenshindernis bildet. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Das Friedensangebot.

Die Rede, die der Herr Reichskanzler gestern gehalten hat, hat ebenso enttäuscht, wie seine erste Rede. Ein Gedanke bewegt jetzt beherrschend die ganze Welt: wird der Waffenstillstand schnell zustande kommen? In der Heimat wie draußen an der Front bricht überall das Verlangen durch: Schluß mit dem grausigen Krieg!

Man versteht es nicht, daß die Regierung auf die letzte Note des Herrn Wilson eine Woche gebraucht hat, um eine Antwort zurechtzustellen. Jeder Tag erfordert Tausende von Menschenleben, macht Tausende zu Krüppeln. Schnelle Entschlüsse sind erforderlich, um das Leid nicht noch mehr zu verstärken. Wenn die Note nur des äußeren Glanzes entbehre, wie ihr manche zum Vorwurf gemacht haben, dann könnten wir froh sein. Aber sie ist etwas Halbes, Unklares und Unbestimmtes und es ist derwegen

nicht die Hoffnung gegeben, daß sie schon zu Waffenstillstandsverhandlungen führen werde.

M. H., Herr Graf Westarp hat gestern in seiner Rede den Mut gehabt, zu erklären, daß, obwohl er die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebotes kenne, er doch mit dem Angebot nicht einverstanden gewesen sei. M. H., soll denn in der Situation, wie sie sich herausgestellt hat, wirklich der Krieg noch weiter gehen? Was beabsichtigt Herr Graf Westarp und seine Freunde? Es ist ja in den Zeitungen bereits von vielen Seiten darauf hingewiesen worden, daß das Waffenstillstandsangebot entsprungen ist der Initiative von Hindenburg und Ludendorff. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

M. H., es ist nicht richtig, daß die gegenwärtige neue Regierung etwa aus eigenem Antriebe dieses Angebot gemacht hat. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Der alten Regierung lag es bereits vor; die alte Regierung hatte den ersten Entwurf bereits fertiggestellt. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Wir wissen ja, m. H., daß, als sich die Vertreter der Mehrheitsparteien zusammenfanden, um in die Regierung einzutreten, sie damals nicht etwa daran dachten, ein Friedensangebot zu machen, sondern daß sie sich zusammenschließen wollten, um die nationale Verteidigung zu organisieren (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.), d. h., m. H.,

um den Krieg zu verschärfen und ihn weiter zu verlängern.

(Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Hindenburg und Ludendorff waren es dann, die erklärten, es muß ein solches Friedensangebot gemacht werden. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Und wie immer in diesem Kriege zum Schlechten und vielleicht auch einmal zum Guten waren es Hindenburg und Ludendorff, die auch die politischen Beschlüsse bestimmten. M. H., ist das der Fall, und das ist Tatsache, dann ist es unbegreiflich, wie nicht alles geschieht, um schnell den Waffenstillstand zu verlängern. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Jedes weitere

Blutvergießen ist jetzt selbst von militärischen Gesichtspunkten aus, die für mich und meine Freunde nicht maßgebend, völlig unnützlich, völlig sinnlos. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Es kann doch niemand auf den Gedanken kommen, daß jene Heerführer aus weicher Stimmung, aus einem überquellenden Friedensbedürfnis heraus zu dem Entschlusse gekommen sind, Waffenstillstand nachzusuchen. M. H., ist das der Fall — und so liegen die Dinge —, dann haben wir an die Regierung das Ansuchen zu stellen, daß sie unter allen Umständen in klarer Konsequenz dieser Tatsachen den Frieden herbeiführt. (Lebhafte Zustimmung b. d. Unabh. Soz.)

M. H., ich nehme es einem Schwarmgeist wie Dehmel nicht übel, wenn er erklärt, das deutsche Volk müsse bis zum Letzten kämpfen; es wäre erbärmlich, wenn es unter den Bedingungen der Entente Frieden schließen wolle. Aber ich erwarte von den Politikern, die nicht durch irgendwelche Gefühlsregungen sich leiten lassen, sondern durch die nüchterne Beurteilung der Lage unseres Volkes, daß sie zu einem anderen Standpunkt gelangen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Die Agitation für die „nationale Verteidigung“.

Herr Graf Westarp hat gestern erklärt, daß seine Freunde bereits eine Agitation eingeleitet hätten, um aufzurufen zur nationalen Verteidigung. Es ist richtig, daß sie darin sehr rührig sind. Sie haben in vielen Teilen Ostpreußens alle Vereine, die irgendwie aufzutreiben sind, vor den Wagen dieser Agitation gespannt. Ich will auf den Tisch dieses Hauses als charakteristisches Beispiel nur eine Annonce aus der Lyder Zeitung niederlegen. Dort haben sich zu diesem Zwecke wie in vielen anderen Vereinen zusammengetan die Alldutsche Gruppe, der Kriegerverein, der Ostmarkenverein, der Sozialdemokratische Verein (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.), die Vaterlandspartei. M. H., ein solches Spiel ist unverantwortlich, unverantwortlich deshalb, weil es zu nichts führen kann als zu einer Verlängerung der unsäglichen Leiden unserer Soldaten an der Front und unseres Volkes in der Heimat. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Gibt es einen unter Ihnen, der glaubt, daß es möglich ist, nach einigen Monaten einen besseren Frieden zu erlangen als in diesem Augenblick, ist ein Einziger in diesem Hause, der es wagt aufzutreten und zu erklären, daß nach einigen Monaten wir in besserer militärischer Lage stehen und wir durch diese bessere militärische Lage bessere Friedensbedingungen erzwingen werden? Weil das nicht der Fall ist, weil die Dinge so liegen, deshalb, m. H., wäre es eine unühnbare Blutschuld, die alle diejenigen auf sich laden, die jetzt noch zur Fortsetzung dieses Krieges auffordern. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Sind nicht unsere Kräfte bis zum Äußersten angespannt, ist es möglich, diese Kräfteanspannung noch zu überbieten? Nein, das ist nicht der Fall! Wenn Sie hinweisen auf das revolutionäre Frankreich mit seiner Massenerhebung, wenn Sie hinweisen auf das Jahr 1870, auf die Anordnung Gambettas, so übersehen Sie vollständig, daß damals nur ein ganz kleiner Teil der wehrfähigen Bevölkerung unter den Waffen stand, während heute ja die Millionenheere alles verchlut haben, was irgendwie an wehrfähigen Männern noch übrig ist, ja Kranke, Leidende bereits in ihrem Verbands haben. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.), und nicht nur wir, sondern doch auch Sie haben in letzter Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt, daß sich Ihnen das Herz zusammenkrampfte beim Anblick der Kinder, welche jetzt an die Front hinausgeschickt werden. Woher wollen Sie denn die lebenden Massen nehmen? Es ist ja ein unmöglicher Zustand, dem wir entgegensteuern!

Wenn das der Fall ist, dann mußte das Waffenstillstandsangebot ganz anders lauten. Die erste Frage, die Frage der Waffenstillstandsbedingungen, ist unklar, in der Frage der Verwüstungen und Zerstörungen

macht die Waffenstillstandsnote wahrlich keinen erhebenden Eindruck. Darum handelt es sich nicht, wie jetzt vielfach fälschlich dargestellt wird, daß im regulären Kampfe, durch Gewehrgeschosse, durch Artilleriegeschosse Städte zerstört werden, sondern die Vorwürfe zielen nach einer ganz andern Richtung, daß ohne militärische Notwendigkeit, insbesondere beim Verlassen von Städten und Ländern Verwüstungen vorgekommen sind, und in dieser Beziehung eine offene Sprache zu führen, das hätte die ganze Friedensaktion in hohem Maße gefördert. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Wir können uns doch nicht blind stellen. Ich nehme ohne weiteres an, daß die gegenwärtige Zivilregierung als solche Verwüstungen und Zerstörungen verurteilt. Das hätte klar ausgesprochen werden sollen, daß die neue Regierung auf diesem Standpunkt steht und daß sie Vertrauen für diesen ihren Standpunkt fordert. Vertrauen kann sie aber nur gewinnen, wenn sie das, was geschehen ist, von sich abweist. Vergessen wir doch nicht — es ist ja bekannt —, welche Auffassungen im deutschen Volke in dieser Beziehung in den Kreisen der Offiziere, in dem Kreise der Generalstabsoffiziere dauernd gepflegt wurden. Ich verrate kein Staatsgeheimnis, ich kann keins verraten, denn alle diese Tatsachen sind bekannt, ja, sie sind im Auslande zum großen Teil durch Dokumente belegt, dort viel besser bekannt als uns, selbst den deutschen Volksvertretern. Ich weise nur darauf hin, wie ein Mann, der Ihnen auf der rechten Seite des Hauses nicht unbekannt ist, Herr Oberst York von Wartenberg, in seinen „Weltgeschichtlichen Umrissen“ — ich zitiere nach der Ausgabe vom Jahre 1916 — die Tat der Hunnen feiert, „Marich“. Auf Seite 236 führt er dort im Anschluß an die Kriegstaten Marichs aus: „Zunächst verwüstete und zerstörte Marich Griechenland so gründlich, daß er für alle Zeiten als Vorbildlich darin gelten kann (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.), ein feindliches Land zur Wüste zu machen, den Volksstand gänzlich zu vernichten.“ (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

M. H., es ist ja auch bekannt, was in dieser Richtung sich jetzt noch in allerletzter Zeit in Elsaß-Lothringen zugetragen hat. Dort hat der Freiherr v. Steinede, Kommandant von Bitsch, unter dem 8. Oktober eine Verfügung anhängen lassen, in der folgendes zu lesen ist:

Es ist in jüngster Zeit die Wahrnehmung gemacht worden, daß in Elsaß-Lothringen anscheinend in weitem

Anfange die Ansicht unter der Bevölkerung verbreitet ist, Elsaß-Lothringen werde bei einer etwaigen Offensive durch unsere Feinde ohne weiteres von uns geräumt und den Franzosen überlassen werden. Diesen ganz unklugen Gerüchten trete ich auf das nachdrücklichste entgegen und betone, daß wir keinen Fußbreit von Elsaß-Lothringen dem Gegner überlassen werden; eher wird dem Lande das Schicksal der Kampfgebiete in Frankreich zuteil (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) und es wird zur Trümmerstätte werden. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz. und den Polen.)

M. H., wenn in Elsaß-Lothringen noch in kleinen Kreisen eine Anhänglichkeit an Deutschland bestand, die Aussicht, daß das Land ähnlich wie Nordfrankreich in eine Trümmerstätte verwandelt werden wird, hat auch den letzten Rest von Sympathie aus dem Herzen der Elsaß-Lothringer herausgerissen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. S.)

M. H., auch in der

Unterseebootfrage

ist die Note nicht klar und bestimmt genug. Der verschärfte U-Boot-Krieg ist als ein Unglück empfunden worden. Er kann das nicht erreichen, was Sie im Auge hatten, als Sie ihn begannen; er hat es nicht erreicht. Dann wäre es, um alle Verwicklungen zu beseitigen, vernünftig gewesen, von vornherein zu erklären — denn dahin muß es schließlich kommen! — daß wir im Hinblick auf die bevorstehenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen uns entschlossen haben, den U-Bootkrieg ganz einzustellen. Das, m. H., hätte bei denjenigen, die in dem U-Bootkrieg eine Verletzung des Völkerrechts und der Humanität gesehen haben, den allergünstigsten Eindruck gemacht. (Zustimmung b. d. Unabh. Soz.) Diese Gelegenheit haben Sie vorübergehen lassen.

M. H., wir sind der Meinung, daß die deutsche Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, um ihre schlechte Lage zu verbessern, noch ganz anders handeln müßte. Wie fragen uns:

weshalb müssen deutsche Truppen noch länger im Osten stehen?

Die Ostpolitik ist zusammengebrochen; — das erkennen alle an. Was haben unsere deutschen Truppen in Polen zu suchen? Die Behauptung, daß die polnische Regierung die deutschen Truppen gebeten habe, dort zu bleiben, ist widerlegt worden. M. H., nach Finnland sind unsere Truppen aus rein dynastischen und Bourgeois-Interessen hingezogen (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.), weil man glaubte, daß ein Schwager des deutschen Kaisers dort eine Königskrone finden könne, weil man glaubte, daß unsere kapitalistische Ordnung gestützt würde, wenn man der Bourgeoisie zu Hilfe eile gegen die Mehrheit der Bevölkerung, gegen die Arbeiter, Handwerker und Bauern. M. H., noch stehen unsere Truppen dort! Was haben unsere Truppen zu suchen im Baltikum, in Litauen, in Kurland, in Estland, in Livland, in einzelnen Teilen von Großrußland? Gerade Sie von Ihrem Standpunkte aus hätten doch, wenn Sie die Westfront militärisch hätten stärken wollen, längst dafür sorgen müssen, daß alle die Truppenmassen aus dem Osten herausgeholt und an die Westgrenze geschafft werden. Wir, m. H., haben es verlangt, weil wir die Bevölkerung in diesen Ländern nicht länger bedrücken lassen wollen, weil wir den Haß, der gegen Deutschland entstanden ist, nicht noch vermehren lassen wollen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Dieser Krieg nimmt eine Entwicklung, wie sie unsere Großen, d. h. unsere, der deutschen Sozialdemokratie, der internationalen Sozialdemokratie große Meister vorausgesagt haben. Ich habe schon vor einiger Zeit einmal erinnert an das geniale Wort Friedrich Engels. Damals haben Sie nicht daran geglaubt, daß dieses Wort sich bewähren werde. Heute will ich es Ihnen nicht nur ins Gedächtnis zurückrufen, sondern dazu aus den Ausführungen Engels noch einiges hinzufügen, und Sie werden erkennen, wie dieser große Geist die Zukunft vorausgesehen hat. Er sagt:

Es ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

8 bis 10 Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl-fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

Die Verwüstungen des 30jährigen Krieges zusammengedrängt in 3 bis 4 Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet, Hungersnot, Seuche, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen, rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Betriebes in Handel, Industrie und Kredit und am Ende ein allgemeiner Bankrott, Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit derart, daß die Kronen zu Duhenden über die Strakenpflaster rollen (große Heiterkeit b. d. Unabh. Soz.), und niemand sich findet, der sie aufhebt, absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen wird. Nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse. Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Ueberbietung und Kriegsverwüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

Jedes Wort ist zur Wahrheit geworden (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) und Sie, m. H., von den bürgerlichen Parteien, sehen schauernd, wie diese Früchte heranreifen.

In dieser Verlegenheit lassen Sie es sich gern gefallen, daß auch Vertreter der Arbeiter, Anhänger der sozialdemokratischen Fraktion, mit Ihnen zusammen in die Regierung eingetreten sind, um noch zu retten, was von diesem System zu retten ist. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Herr Stresemann war gestern so offen, seiner Freude darüber klaren Ausdruck zu geben.

Kronendämmerung!

M. H., die Kronen rollen auf das Pflaster, die Krone des Bulgarenkönigs Ferdinand, die Krone des Zaren

Nikolaus, die Krone des österreichisch-ungarischen Kaisers. Die Kronen, die man schon zu erschaffen glaubte, sind wie ein Phantom schnell davongeeilt, die Krone von Finnland, von Rußland, des Baltikums. Rings um uns werden Republiken sich aufstun, und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein! (Stürmische Unruhe und Zurufe rechts. — Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz. — Ruje: Pui!)

Hg. Haase (fortfahrend): Wir sind aber hier doch noch nicht so weit, daß man einen Gedanken nicht aussprechen kann in parlamentarischer Form! Wenn Ihnen das nicht paßt, m. H., (nach rechts), so verraten Sie damit, daß Sie auch in dieser Zeit noch nichts gelernt haben. (Sehr gut! b. d. Unabh. Soz. — Zurufe rechts.) — Ich glaube, da war kein grobes Wort dabei. Es sind doch bürgerliche Blätter, die Münchener Neuesten Nachrichten, das nationalliberale Leipziger Tageblatt erwähne ich nur von vielen, die ausgeführt haben, daß es eine selbstverständliche Anforderung an den gegenwärtigen Träger der preussischen Krone und den Deutschen Kaiser sei, daß er sein Amt niederlege, wenn er auch nur ein Friedenshindernis sei. (Hört, hört! b. d. U. S.) Eine Reihe anderer Blätter haben noch viel deutlicher gefordert, daß die Dynastie in Deutschland anderen Einrichtungen, republikanischen Einrichtungen Platz machen müsse. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Die Zensur hat dann versucht, einige dieser Blätter für kurze Zeit zu unterdrücken, aber die Tatsachen haben Sie nicht aus der Welt schaffen können. Sie wissen so gut oder besser als ich, wie in vielen Kreisen, in den Kreisen des Bürgertums seit Wochen darüber gesprochen wird. (Zuruf links.) — Dort am meisten, in den konservativen Kreisen am meisten, jawohl, daß schließlich um der Hohenzollern-Dynastie willen nicht das Schicksal unseres deutschen Volkes besiegelt werden soll. (Zuruf rechts.) — Nein, in den konservativen Blättern stand es nicht, das habe ich auch nicht gesagt, aber in Ihren Kreisen, in den bürgerlichen Kreisen, gehen von Mund zu Mund derartige Äußerungen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz. — Zurufe rechts.) — Herren, die Ihnen viel befreundeter sind als uns, Herren von der bürgerlichen Seite erklären, daß alles richtig ist, was ich sage. (Erneute Zurufe rechts.) — Ja, die Ihnen näherstehen, die jetzt Ihre Freunde sind und in Zukunft vielleicht auch noch Ihre Freunde sind. Uns genügt natürlich nicht alles das, was wir auf dem Gebiet der inneren Umformung jetzt versuchen, es ist ja nur elendes Nidwerk!

Der sozialdemokratische Belagerungszustand.

M. H.! Auf dem Gebiete des Belagerungszustandes ist nichts gebessert. In den bürokratisch-militärischen Apparat sind einige neue Glieder eingeschoben, die den Apparat noch viel schwerfälliger machen. Welche Garantie ist dafür gegeben, daß die kommandierenden Generale in ihren Entscheidungen an die Zustimmung des Oberpräsidenten gebunden sind? Niemand kann im Ernst behaupten, daß die Oberpräsidenten freierhändige Auffassungen haben, als die kommandierenden Generale haben. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Sind sie doch Geist von ihrem Geist, sind sie doch von demselben Geist der Vaterlandspartei erfüllt wie die kommandierenden Generale. Es klingt geradezu wie eine Verhöhnung des Volkes, wenn ihnen zugemutet wird, in diesem Erlaß der neuen Regierung zur Milderung des Belagerungszustandes eine Reform zu erblicken. Freilich, der Verlechte kann sich ja beschweren. Aber bis die Beschwerde durch den Kriegsminister und seinen Adlatus erledigt ist, schmachtet der Interessierte im Gefängnis, ist der Versammlungszweck vereitelt, das freie, auflärende Wort unterdrückt, selbst wenn die Beschwerde Erfolg hat. Der Herr Reichskanzler hat gestern erklärt, es sei dafür gesorgt, daß der Belagerungszustand in dem Geiste gehandhabt werde, in dem er die Zeitung der Reichsgeschäfte übernommen habe. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

Zu diesem Geiste haben wir aus den treffigsten Gründen kein Vertrauen.

(Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Das Mißtrauen ist allein schon dadurch begründet, daß wir, seitdem die neue Regierung am Ruder ist, auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts reichlich Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatten, die unser Mißtrauen stärken. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Der Aufruf meiner Fraktion und Partei, der dem wertvollsten Volke die politische Situation und unser Ziel klarlegte, wurde von den Zensurbehörden unterdrückt, jede Besprechung in der Presse verboten. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Mehrere Zeitungen, die den Aufruf veröffentlichten, wurde das Erscheinen für mehrere Tage untersagt. (Hört, hört! b. d. U. S.)

Dem Volksblatt für Halle wurde nicht einmal nach Ablauf von drei Tagen, wie es der alte Hertlingische Erlaß vorgesehen hatte, das Erscheinen gestattet. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Der Verlag wurde nach berücksichtigtem Muster gepeinigt, Garantien für künftiges Wohlverhalten zu geben, d. h., das Blatt Redakteuren mit anderer Gesinnung in die Hand zu spielen. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

Die Breslauer Volkswacht, eine regierungssozialistische Zeitung, wurde für drei Tage verboten, weil sie die Abschaffung der Dynastie für erforderlich erklärt hat.

Am 11. Oktober wurde eine Wählerversammlung des ersten Berliner Kreises aufgelöst, als ich nach Anführung bestimmter Zensurmaßnahmen erklärte: „So weht uns auch in den letzten Tagen wieder der alte reaktionäre Wind entgegen.“ (Lachen b. d. Unabh. Soz.)

Am 11. Oktober hat der Polizeipräsident in Berlin eine öffentliche Frauenversammlung nicht zugelassen, weil sie nicht unter die Ausnahmestimmungen des Oberkommandos in den Marken falle — eine wirklich löstliche Begründung. Das Verbot der öffentlichen Versammlung ist also noch immer die Regel. Nur in Ausnahmefällen wird der Verbotsarundstich durchbrochen.

Auch bloße Mitgliederversammlungen werden noch wie vor verboten, so eine Mitgliederversammlung des 5. Berliner Wahlkreises (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) In der am 17. Oktober der Reichstagsabg. Büchner über die politische Lage sprechen wollte. (Hört, hört! b. d. U. S.)

So ist der Zentralstelle für Völkerrecht nicht die Genehmigung gegeben worden, eine Generalversammlung abzuhalten. In allen Teilen des Reiches geht es genau so zu wie in Berlin. Fast überall wird auch jetzt noch, wenn schon eine Versammlung genehmigt wird, die Einreichung eines Manuskripts gefordert. Dieses entwürdigende Verlangen ist lächerlich in einer Zeit, in der sich die Ereignisse überstürzen und sich von der Einreichung des Manuskripts bis zum Tage der Rede eine völlig veränderte Situation herausstellen kann. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

M. H., wir haben am 14. Oktober dem Herrn Reichskanzler eine größere Anzahl dieser Fälle mitgeteilt und ihn erlucht, auf die Aufhebung dieser Maßregel hinzuwirken. Was ist geschehen? Am 20. Oktober habe ich von dem Herrn Staatssekretär Gröber nach altem Schema die Mitteilung erhalten, daß mein Schreiben dem Herrn Obermilitärbefehlshaber zur weiteren Veranlassung übergeben worden ist.

(Lachen b. d. Unabh. Soz.) Allerdings wird noch ein guter Rat hinzugefügt, nämlich der Rat, daß sich jeder, der sich vom Redeverbot getroffen fühlen sollte, bei seinem zuständigen Generalkommando vorstellig werden sollte. Eine solche Verleugnung der inneren politischen Situation ist überraschend. Den empfohlenen Weg, an die Generalkommandos zu gehen, den kennen wir wohl selbst und viele einzelne haben ihn schon vergeblich beschritten. Worauf es ankommt, ist etwas ganz anderes. Eine Regierung, die auch nur einen Hauch des modernen Geistes spürt, müßte von selbst, und wenn nicht von selbst, durch Anstoß von draußen dafür sorgen, daß durch eine allgemeine Verfügung die schitanösen Bestimmungen der Zensur und die Redeverbote beseitigt werden. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Bis jetzt noch bestehen Massen-Redeverbote auch für die Mitglieder dieses Hauses. Es ist eine ganze Zahl von Personen, denen jede politische Betätigung untersagt ist.

Manche Maßregeln sind noch rigorosier als früher, so hat man jetzt dem Angestellten des Bauarbeiterverbandes in Chemnitz, unserem Genossen Brandler, einem österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen, der während der ganzen Kriegsdauer ungestört politisch tätig war, einen Ausweisungsbefehl mit drei Tagen Frist zugestellt. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Der Familienvater hatte abzurechnen mit seiner Kasse und dennoch wurde zunächst auf dieser dreitägigen Frist bestanden und es ist ihm die Erlaubnis, nach der Schweiz zu gehen, wo er bei den Gewerkschaften eine Stellung finden konnte, verwehrt worden.

Die Zensur ist vielfach härter. Ich werde auf den Tisch des Hauses einen Artikel niederlegen, der in der sozialistischen Auslandskorrespondenz erschienen sollte. Die Zensur hat ihn vollständig gestrichen. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Ich bin überzeugt, daß fast jedes Mitglied dieses Hauses, welcher Partei es auch angehört, zugeben wird, daß eine Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung vorliegt, wie sie selten vorkommt.

Die Vorzensur, die nach dem Worte eines früheren Staatssekretärs in Deutschland ja ganz unbekannt sein sollte, besteht auch unter der neuen Regierung noch. Das Berliner Mitteilungsblatt hat auch jetzt wieder den Antrag gestellt, die Vorzensur aufzuheben. Unter dem 10. Oktober ist ohne Angabe von Gründen dieser Antrag abgelehnt worden. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Derleiben Zeitung ist es sowie der Leipziger Volkszeitung immer noch unmöglich, durch den Verlag in das neutrale Ausland und in die okkupierten Gebiete versandt zu werden. Ganz unfahbar ist, wie hervorragende Schriftsteller wie Franz Mehring und Karl Kortung, die allgemein im Ausland das größte Ansehen genießen, behandelt werden.

Franz Mehring hat ein 32 Bogen starkes Buch über Karl Marx verfaßt, in dem die Zensur auch nicht ein einziges Wort gestrichen hat, nachdem sie es fünf Monate lang geprüft hat: Ueber dieses Werk, nach dem im neutralen Ausland große Nachfrage herrscht, ist aber ein Ausfuhrverbot verhängt (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.), und was nun das ersichtlich ist, die neue Regierung hat dieses Ausfuhrverbot bestätigt. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Die Begründung ist so charakteristisch, daß ich sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten kann.

Unterschieden von dem Unterstaatssekretär Lewald unter dem Datum des 7. Oktober lautet sie:

Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, auf die zuständige militärische Stelle im Sinne einer Aufhebung des über Ihre Schrift Karl Marx verhängten Ausfuhrverbots einzuwirken. Das Werk hat zwar wissenschaftlichen Charakter und beschäftigt sich nicht mit der gegenwärtigen Zeit, dennoch besteht die Gefahr, daß historisch nicht geschulte Leser die in dem Werke über die Vorgänge aus dem deutsch-französischen Kriege gemachten Angaben auf die gegenwärtige Zeit übertragen werden (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) und daß insbesondere im feindlichen Ausland die unter Hinweis auf die damaligen Verhältnisse von Marx gemachten Ausführungen für die Gegenwart als Kampfmittel benutzt werden. Die Ausfuhr des Buches nach dem Ausland kann aus diesem Grunde nicht gestattet werden. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Wissenschaftliche Interessen des einzelnen müssen hinter denen der Allgemeinheit zurücktreten.

M. H., die Regierung hat in ihrem Gesichtskreis nur wirtschaftliche Interessen. Daß es noch höhere, ideelle Interessen gibt, kommt ihr gar nicht in den Sinn. Der alte Jopf hängt Herrn Lewald noch immer hinten. Die Aussprüche von Karl Marx, die dieser in genialer Beurteilung des Frankfurter Friedens getan hat, kennt jeder politisch Gebildete im In- und Auslande. Es kann, wenn das Werk ins Ausland kommt, dem Auslande gar nichts neues geboten werden. Das Werk hat keine Bedeutung nicht durch die Wiedergabe der Stellen, sondern durch die historische Würdigung des Karl Marx. Aber die neue Regierung kann sich die Bevormundung der Welt nicht ersparen, sie geht den alten Weg weiter.

Karl Kautsky, um ein anderes Beispiel herauszugreifen, hat ein Buch verfaßt: Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft. Es ist am 22. Juli bei der Zensurbehörde in Leipzig eingereicht worden. Am 21. August erhielt der Verlag — hören Sie — Titel,

Inhaltsverzeichnis und Vorwort als vorläufig genehmigt zurück, der Text wurde zurückgehalten. Bis heute ist für den Text des Werkes die Genehmigung nicht zu erlangen gewesen. Jetzt unter dem neuen Regime am 7. Oktober hat die Presseabteilung des stellvertretenden Generalkommandos auf Erinnerung des Verlags mitgeteilt, daß sie den mitbeteiligten Behörden die Schrift zur Erledigung weitergegeben habe. Wer die mitbeteiligten Behörden sind, erfährt der Verlag nicht. So sieht die Behandlung eines Mannes der Wissenschaft aus — es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich sie als Skandalbezeichne. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Es liegt weiter auf der Hand, daß mit der Zeit gewisse Parteien dieses Buches veralten und jetzt schon veraltet sein müssen, und daß das Werk an Aktualität verliert, wenn es nach Monaten die Genehmigung erhält.

Auf etwas anderes möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken. In dieser Zeit ist es dringendes Bedürfnis, daß jeder, der der Gesamtheit etwas zu sagen hat, zu Gehör kommt.

Die Schranken gegen die Herausgabe neuer Zeitungen müssen fallen.

Sämtliche Parteirichtungen müssen die Möglichkeit haben, durch die Presse ihre Anschauungen zu vertreten; nachdem durch das bekannte Vorgehen des Oberkommandos in den Marken unserer Partei der „Vorwärts“ entrisen wurde, haben die Herren Ledebour und Hoffmann den Antrag gestellt, die Herausgabe einer neuen Zeitung zu gestatten.

Das Gejuch wurde abgelehnt.

Jetzt haben wir es beim Reichskanzler wiederholt nach der alten Methode haben wir den Bescheid erhalten, daß die Angelegenheit der zuständigen Stelle übergeben worden sei. Merkt der Herr Reichskanzler nicht, daß es seine Aufgabe ist, durch allgemeine Anweisungen den bestehenden unhaltbaren Zustand zu beseitigen und das es nicht genügt, wenn er Beschwerten, die ihm eingereicht werden, an die zuständigen Stellen abgibt, damit nach Wochen oder Monaten ein Bescheid kommt!

An verschiedenen Orten ist sogar noch jetzt

der verschärfte Belagerungszustand

aufrechterhalten. In Königsberg hat der Magistrat mit dem Oberbürgermeister Körte, einem Mitbegründer der Vaterlandspartei, an der Spitze, ebenso die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Aufhebung des bestehenden verschärfsten Kriegszustandes gefordert und dargelegt, daß nicht der geringste Grund für den verschärfsten Kriegszustand vorhanden ist. Ich habe dem neuen Reichskanzler von dieser Tatsache sofort Mitteilung gemacht und ihn darauf hingewiesen, daß in Königsberg noch die außerordentlichen Kriegsgerichte fungieren. Bis jetzt habe ich nicht erfahren, daß eine Veränderung eingetreten ist. Auch

die Briefzensur,

nicht nur die offene, sondern auch die geheime, steht noch in voller Blüte, obwohl sie selbst nach dem gegenwärtigen Belagerungszustandsgesetz unzulässig ist und der Verfassung widerspricht.

Zu welchen Folgen diese geheime Briefzensur führt, will ich Ihnen nur ein Beispiel geben. In Düsseldorf hat eine Frau, nachdem ihr Mann zum Militär eingezogen ist, wo er jetzt als Sergeant dient, alles verlernt, um sein Geschäft — er ist Schneidermeister — aufrechtzuerhalten, und hat ihre Kinder geradezu vorbildlich erzogen. Was sie nicht ahnte, ist die Tatsache, daß die Düsseldorfer Polizei sämtliche Briefe ihres Mannes, auch die Briefe familiären Charakters, öffnete, im geheimen zumachte, ohne daß die Frau die Deffnung merkte, und sie dann erst durch die Post der Frau zutragen ließ. (Erregte Zurufe b. d. Unabh. Soz.) Wegen einer Auerung, die der Mann in einem Briefe tat, wurde er verhaftet, aber von den Militärbehörden nach 7 Wochen entlassen und wieder an die Front geschickt. Die Frau, die für die Auerung ihres Mannes als Gefinnungsverwandte verantwortlich gemacht wurde, wurde sechs Monate in Schußhaft gehalten. (Erneute erregte Zurufe b. d. Unabh. Soz.) von ihren Kindern weggerissen.

Das sind die Wirkungen des alten Zustandes gewesen. Viele, viele ähnliche Fälle könnte ich Ihnen vorlesen. Geschämt habe ich mich, als ich vor dem Reichsmilitärgericht in der Beschwerdeinstanz von dem Vertreter der Düsseldorfer Polizei kaltblütig hörte, daß er seit Jahren nicht nur die Briefe, die bei den Akten in Abschrift waren, sondern auch die anderen Briefe dieses Mannes, und wahrheitsgemäß auch die Antworten seiner Frau gelesen und abgeschrieben hat. Und das soll noch einen Augenblick unter dem neuen Regime bestehen, das sich die Illusion eines demokratischen Regimes gibt!

Die sozialdemokratische Partei hat ja feierlich geschworen, daß sie in die Regierung nur eintreten würde, wenn ihre Mindestforderungen angenommen würden. Schon diese Mindestforderungen waren ja ein Muster politischer Bescheidenheit, selbst für bürgerliche Parteien. In dem Regierungsprogramm aber, das im Namen sämtlicher Mehrheitsparteien der Herr Reichskanzler hier verlesen hat, hat sich selbst dieses Mindestprogramm bis zur Unkenntlichkeit verflüchtigt. Es wird in der politischen Geschichte unseres Volkes wie besonders im Gedächtnis der Arbeiterklasse fortbauern, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in eine Regierung auf Grund des Programms eingetreten sind, das der Herr Reichskanzler verkündet hat

Die Einderungen aus politischen Gründen.

Noch immer sind Tausende Arbeiter lediglich aus politischen Gründen im Heere auf Veranlassung der Generalkommandos, ganz gleich, ob sie militärfähig sind oder nicht. Eine große Freude hat freilich die Heeresverwaltung an den so gewaltsam gemachten Soldaten nicht erlebt. Sie aber zu entlassen, ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Erkaunt bin ich nun gewesen, daß diese Methode der politischen Maßregelung

auch unter dem neuen Regime vorwärtsgelht.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

2. Beilage zu Nr. 31 des „Mitteilungsblattes“.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

(Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) In den letzten Tagen ist einem Unternehmer, der politisch nicht organisiert und politisch nicht tätig ist, der aber einen Bruder hat, der Mitglied unserer Partei ist und der in dem Hause dieses Bruders gesellschaftlich mit Herrn und Frau von Baerfeld zusammengekommen ist, plötzlich eine Kriegsorder zugestellt worden. Dieser Mann war bis zum 15. Januar 1919 reklamiert, weil er zirka 400 Arbeiter beschäftigt, darunter 300 weibliche, und da seine Produktion zum Heeresdienst einbezogen sind. Jetzt hat er bei einer Zeugenvernehmung wahrheitsgemäß bekanntgegeben, daß er zwar politisch nicht tätig sei, aber sein Bruder, und daß er in dessen Haus mit Herrn v. Baerfeld bekannt geworden ist. Das hat genügt, daß er auf Veranlassung des Oberkommandos in den Marken den Gestellungsbefehl erhalten hat. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Hinter ihm ist wie hinter dem vielen Tausenden Arbeiter der Geheimvermerk zu den Akten gegeben, daß er für die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährlich sei. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Das Oberkommando hat ausdrücklich bestimmt, daß die Kriegsbeorderung — das ist mit roter Tinte noch unterstrichen — nur mit seiner Zustimmung aufgehoben werden dürfe. Nicht militärische Gründe, sondern die Willkür des Oberkommandos einer politischen Instanz soll darüber entscheiden, ob dieser Mann, der bis zum Januar nächsten Jahres reklamiert ist, beim Heere bleibt oder nicht. Ich habe diesen Fall gestern dem Herrn Kriegsminister mitgeteilt. Ich werde abwarten, was geschieht, nicht nur diesem einen gegenüber, sondern vor allen Dingen auch den Tausenden Arbeitern gegenüber. Hier müßte ein Amnestiegesetz eingreifen. Verfolgten, Verurteilten und Bezürchteten muß Recht geschehen. Sie fordern nicht Gnade, sie wollen durch den Willen der Volkswertretung in Freiheit gesetzt werden. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Unsere Amnestieforderung.

Der neue Reichskanzler dachte bei seiner Eröffnungsrede nicht an Amnestie. Meine Fraktion hat, wie der stenographische Bericht ausweist, ihn durch Zuruf erst auf diese Pflicht hingewiesen. In jedem politischen Lande ist es selbstverständlich, daß beim Regierungswechsel die politischen Opfer des alten Systems befreit werden. Infolge unserer kühnen Forderungen nach Amnestie haben einige Blätter dann diese Forderung aufgegriffen. Das Ergebnis ist der Gnadenerlaß gewesen, der in jeder Beziehung unzureichend ist. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Wir begnügen uns nicht damit, daß nur Zivilpersonen begnadigt werden,

wir verlangen die Ausdehnung auf die Militärpersonen und die Matrosen.

Der Rotschrei, der von den Matrosen aus dem Zuchthaus in Celle kommt, ist geradezu marktschütternd. Mehrere sind bereits infolge Hungers zugrunde gegangen. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Andere leiden die schrecklichsten Qualen unter dem Hunger, und haben den Wunsch, daß sie ebenso wie einige ihrer Kameraden lieber erschossen worden wären, als im Zuchthaus zu enden. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

Es wird jetzt viel Aufhebens davon gemacht, daß auch Liebknecht als eine Militärperson befreit ist. Ihnen Sie denn nicht, von welcher bitteren Gefühlen Liebknecht, Dittmann und andere der Untertassen befreit sind, weil ihnen Gnade gewährt ist, wo sie auf Befreiung durch den Volkswillen rechneten?

Ihnen Sie nicht, welcher Druck auf diesen Männern lastet, daß sie in Freiheit gesetzt worden sind, während andere hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern schmachten, obgleich sie dasselbe getan haben? (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Nichts ist so peinlich wie die aufdringliche Reklame, die insbesondere heute an vielen Stellen mit Liebknecht getrieben wird. Eine Reklame, die ja nicht Liebknecht gilt, sondern die dem neuen Regime gilt, als ob es etwas Großes wäre, daß dieser Mann, der sich geopfert hat, um seinem Volke früher den Frieden zu bringen, nun endlich in Freiheit gesetzt worden ist. Die Arbeitermassen merken die Absicht und werden verstimmt. Sie erinnern sich vor allen Dingen noch, daß von vielen abgehenden, seit mehreren Jahren schon ohne gerichtliches Urteil Frau Rosa Luxemburg in Schutzhaft festgehalten ist. Es haben die Akten kein Material ergeben, um ihr einen Strafprozeß zu machen. Aber weil das nicht der Fall ist, soll sie jetzt noch länger als die andern sitzen, die vom Richter abgeurteilt worden sind. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.)

Schon politische Klugheit sollte Ihnen sagen, daß Sie nicht diejenigen Männer und Frauen festhalten, die im Ausland, auch im feindlichen Ausland, das größte Ansehen genießen als Vorkämpfer der Friedensidee. Unsere französischen Freunde haben auch jetzt in dieser Zeit, obwohl infolge der Siege der Ententebeere der Chauvinismus in Frankreich blüht, mutig diesen Chauvinismus bekämpft und haben sich zu einem demokratischen Frieden bekannt, allen Anfeindungen zum Trotz. Diese Stimmung zu haben, das wäre ein Gebot nicht nur logischer, sondern wirklicher staatsmännischer Politik. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) M. H., wir verlangen aber auch Ausdehnung — und das fällt in dasselbe Kapitel der Amnestie und zwar auf Grund eines Gesetzes, wie wir es eingereicht haben — auf die Ausländer und die Angehörigen der besetzten Gebiete. Ich will nicht wiederholen, wie in diesen besetzten Gebieten der Terror gewütet hat, der Terror mit einer gefeierten Umhüllung, was für drakonische Strafen leider wegen politischer Betätigung gegen einzelne Personen verhängt worden sind. Es ist ja gestern noch darüber gesprochen worden. In Finnland ist ein Schützenregiment wie es in der Welt noch nie erlebt worden ist. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Viele Tausende von Kämpfern aus den Reihen der Arbeiterklasse und Bauern sind mit Maschinengewehren abgeschlachtet worden, nachdem sie sich selbst ihr Grab haben graben müssen. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) 80 000 finnische Revo-

lutionäre sind gefangen genommen worden, 50 000 von den 80 000, die gefangen genommen worden sind, sind zum Opfer gefallen der Blutorgie der finnischen Regierung. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) 10 000 sollen jetzt begnadigt werden, 20 000 sollen noch in Gefangenschaft bleiben. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) M. H., vor kurzem ist die Nachricht gekommen, daß der frühere Senator Tanne, der neulich in Skandinavien für humanitäre Zwecke zur Unterstützung der Rotleidenden tätig war, ebenfalls verhaftet worden ist. Wenn die deutsche Regierung nicht die Gendarmen geliefert hätte für die Bourgeoisie, so wären solche Zustände unmöglich gewesen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Und wenn die deutsche Regierung sich aus Finnland zurückzieht — je schneller desto besser, nicht nur für die Politik, sondern für die Menschlichkeit, vor allem für die Arbeiter in Finnland selbst.

Die Verfassungsänderungen.

M. H., die ganzen Verfassungsentwürfe, die Sie uns vorgelegt haben, sind ja nur wie ein Fliesen auf den absolutistischen, militärischen Mantel. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Es sollen in Zukunft Abgeordnete Mitglieder der Regierung sein. M. H., demokratisch ist es, daß, wenn ein Parlamentsmitglied in die Regierung eintritt, es zunächst sein Mandat den Wählern zur Verfügung stellt, um festzustellen, ob er auch jetzt in der Lage wäre, noch das Vertrauen seiner Wähler zu haben. Aber wir verlernen nicht, daß, nachdem das Proporzwahlrecht in einzelnen Bezirken eingeführt ist, dieser Grundsatz sich nicht mehr durchführen läßt. Wir werden also für diese Vorlage stimmen.

Der Antrag der Regierung, daß die Mitwirkung des Reichstags bei Erklärung von Krieg und bei Schluß von Frieden eintreten soll, ist völlig unzulänglich. Würde nur der Regierungsantrag angenommen, so bliebe in Wahrheit alles beim alten. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Denn dann würde der Kaiser nach wie vor das Recht haben, für den Fall, daß er glaubt, daß ein Angriff auf das Reichsgebiet erfolgt ist, allein den Krieg zu erklären. Das haben nun die Monarchen und die Staatsmänner immer verstanden, daß sie den Gegner ins Unrecht zu setzen suchten, daß sie jeden Krieg als einen Angriffskrieg zu charakterisieren unternehmen. Haben wir doch vernommen, daß wir von Frankreich dadurch angegriffen worden seien, daß französische Flieger über Rürnberg und Karlsruhe geflogen sind.

Diese Pöge hat kurze Beine gehabt.

Amlich ist bald festgestellt worden, daß weder über Rürnberg noch über Karlsruhe ein Flieger gewesen ist, daß in keinem dieser Orte eine Bombe abgeworfen worden ist. Auf solche Argumente könnte sich also auch später der Kaiser stellen und Krieg erklären. Wir haben von vornherein einen weitergehenden Wunsch. Wir wollen den Reichstag auch den Bundesrat ausschalten, wir wollen, daß das Volk kraft seiner Souveränität über sein Schicksal allein entscheiden soll, daß der Reichstag ausschließlich den Krieg erklären, den Frieden schließen soll. In diese Volkssouveränität paßt es nicht, daß eine unkontrollierbare Macht, der Kaiser, nach seinem Belieben die Volkswertretung nach Hause schicken kann. Wir haben infolgedessen auch den Antrag gestellt, daß die Bestimmung unserer Reichsverfassung, nach der der Kaiser das Recht hat, den Reichstag aufzulösen, beseitigt wird. Bei dem raschen Wechsel der politischen Ereignisse ist es auch wichtig, daß die Dauer der Legislaturperiode herabgesetzt wird.

Wir schlagen Ihnen eine einjährige Legislaturperiode vor.

Aber auch wenn diese Bestimmung — (Zuruf) — nein, M. H., wir haben eine einjährige Statsperiode, und es entspricht durchaus dieser Bestimmung, daß auch, wenn ein neuer Etat vorgelegt wird, das Volk wiederum bestimmt, wie die politische Situation zu beurteilen ist, und daß deshalb ein neuer Reichstag gewählt wird. Aber wollen Sie zwei Jahre, dann läßt sich darüber auch reden, das ist für uns kein Hindernisgrund, wir haben viel wichtigere Sorgen.

Wir wollen vielmehr, daß die ganze Verfassung von Grund auf geändert wird.

Ein Wirbelsturm geht durch die Welt, und in dieser Zeit, wo alles von unten nach oben sich kehrt, wo die tiefgreifendsten Umwälzungen vor sich gehen, da wollen wir keinen Kaiser, keinen Bundesrat, keinen Reichstag mit den Stimmungen haben, die in der gegenwärtigen Lage enthalten sind.

Nein, meine Herren, es muß zur Republik kommen, aber eine Republik, die eine kapitalistische Republik ist, ist keineswegs unser Ideal. Wir sehen das Heil der Arbeitermassen nicht in ihr, auch wenn jede Republik Hemmnisse im Klassenkampf beseitigt. Wir sind vor allen Dingen jetzt entschlossen, die Massen mit dem Gedanken zu erfüllen, daß es nicht Wichtigeres gibt, als einen Frieden herbeizuführen, der die Gewähr der Dauer in sich schließt. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Unsere Friedensforderungen.

Wir sind keineswegs in höchstem Maße begeistert für Wilson, wir glauben nicht, wenn ein Friede nach Wilsonscher Art zustande kommt, dann auch tatsächlich die Arbeitermassen auf ihre Rechnung kommen. Wir haben vor allen Dingen eine Sorge im Hinblick auf den neuen Reichskanzler, eine Sorge, die nicht unbegründet ist. Wir fürchten, daß, wenn die Regierungen sich auf dem Friedenskongreß geeinigt haben, daß sie dann, die jetzt miteinander hadern, dazu übergehen werden,

die russische Revolution gemeinsam zu unterdrücken.

Der Herr Reichskanzler hat in einem Interview, das er am 15. Februar dieses Jahres dem Direktor des Wolffschen Telegraphenbüros, Herrn Wandel, gab, die russische Revolution als Cholera und Pest bezeichnet. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Er hat erklärt, daß

wenn Cholera und Pest drohen, dann sich alle zivilisierten Staaten zu gemeinsamen Abwehrmaßnahmen zusammenschließen müssen. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Kreuzzeitung und Frankfurter Zeitung haben in traulichem Verein nach demselben Ziel hingestrebt, haben gerufen, daß man sich zusammen tun müsse, um den Bolschewismus zu unterdrücken.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat diese Bewegung mit seinem Ausruf noch gestärkt und gefördert. (Zustimmung b. d. Unabh. Soz.) M. H., es kommt nicht darauf an, ob man mit jeder einzelnen Handlung der revolutionären Arbeiterregierung in Rußland einverstanden ist. Worauf es ankommt, ist, daß hier im großen Maßstab der Versuch unternommen wird, die sozialistischen Forderungen durchzuführen. Da mag man Kritik an einzelnen üben, aber man soll nicht sehen, wo diese Republik sowohl von der Entente wie von Deutschland bedrängt wird, ihr in den Rücken fallen. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Die nordschleswigische Frage.

M. H., wir sehen trübe in die Zukunft, trübe, weil wir fürchten, daß der Friede uns nicht die Ruhe bringen wird. Wir erwarten von der Regierung, daß sie aus eigener Initiative den Artikel 5 des Prager Friedens endlich zur Erfüllung bringen wird. (Sehr gut! b. d. Unabh. Soz.) Die rein dänisch sprechenden, fühlenden und denkenden Nordschleswiger haben nach dem Prager Friedensvertrage ein Recht, daß sie endlich darüber abstimmen können, zu welchem Staate sie gehören wollen. (Zustimmung b. d. Unabh. Soz.) Warten Sie nicht, bis auf dem Friedenskongreß auch diese Frage zu einer internationalen gemacht wird.

Die elsasslothringische Frage.

M. H., wir sehen die Völker nicht als Besitztümer an, die hin und her geschoben werden können, von einem Staate zum andern. Wir haben uns deswegen auch dagegen gewandt, daß Frankreich durch die Gewalt des Schwertes Elsass-Lothringen zurückerobert wollte. Wir sehen deswegen auch heute auf dem Standpunkt, — und wir freuen uns, daß unsere französischen Freunde ihn teilen —, daß die elsasslothringische Bevölkerung darüber entscheiden muß, zu welchem Staate sie gehören will. M. H., nicht die Staatsgrenzen, auch nicht die Sprachgrenzen sind entscheidend;

entscheidend ist der Wille der Bevölkerung.

(Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Wir sind nicht enttäuscht über den Verlauf der Dinge. Wir haben vorausgesehen, daß es so kommen würde. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, die elsasslothringische Frage zu einer ausschließlich deutschen Frage zu stampeln, daß sie eine internationale Frage sei.

Wir stehen genau so zur

polnischen Frage.

Noch vor der polnischen Fraktion hat meine Fraktion in diesem Hause auch das Recht der Polen, auch der deutschen Polen, ihr Geschick zu bestimmen, sich mit den Polen der anderen Länder zu einem einheitlichen Staate zu vereinigen, verkündigt. (Bravo! b. d. Unabh. Soz.) Aber, M. H., auch hier sind wir Gegner der polnischen Hühler, welche jetzt alles Land als polnisches Land bezeichnen möchten. M. H., auch hier kann nicht die bloße Sprache entscheiden, sondern wiederum nur der Wille der Bevölkerung. Wir sind darauf angewiesen, mit dem neuen polnischen Reiche im Frieden zu leben, und es sollte von beiden Seiten, von deutscher Seite wie von polnischer Seite, jetzt alles unterbleiben, was diese beiden Nationen durcheinanderheben könnte. M. H., es wäre ein Unglück, wenn durch nationalistiche Aspirationen die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Teile des Reiches unterbunden würde. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Da klar zu sehen: was will die Bevölkerung? und nicht: was nimmt etwa ein Teil der Polen an? — das ist unsere Aufgabe.

M. H., wir sehen aber auch trübe in die Zukunft nicht nur wegen all der schweren Leiden, die auf unserem Volke ruhen und die in ihrer vollen Tragik erst nach dem Kriege hervortreten werden, sondern auch wegen der unerschwinglichen Lasten, die auf ihm ruhen und die von Tag zu Tag größer werden. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Die Kriegskosten.

M. H., wenn Sie den Krieg fortsetzen, so müssen Sie sich doch sagen, daß zu den Hunderten von Milliarden — denn darum handelt es sich ja schon — noch weitere Zehner von Milliarden kommen werden.

Wer wird denn diese Lasten tragen?

Zum größten Teil werden es wieder die Arbeiter, die Handwerker und die kleinen Leute überhaupt sein. Der Mittelstand ist zerrieben. In einer Art, wie es niemand geahnt hat. Die Beamten, die Angestellten werden unter dem Steuerdruck und der Teuerung bei ihren geringen Gehältern leiden wie nie zuvor.

Rettung nur durch den Sozialismus!

M. H.! Dennoch erklären wir: das deutsche Volk wird nicht untergehen — wird nicht untergehen, wie auch dieser Friede ausbleibt. Aber freilich, die Errettung kann dem deutschen Volke aus keiner Not, aus dem unerträglichsten Druck nicht kommen in der gegenwärtig bestehenden Gesellschaftsordnung. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Die Produktivität der Landwirtschaft und der Industrie kann aufs höchste gesteigert werden, wenn an Stelle der Wirtschaftsordnung deren einzige Triebfeder der Profit ist, die sozialistische Wirtschaftsordnung tritt.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist notwendig.

Auf Rußland können Sie nicht hinweisen, M. H., weil die Zustände in Deutschland ökonomisch viel reifer sind als in Rußland. In Deutschland und in England — das gesehen auch bürgerliche Professoren, National-

Monomen zu — hat die Produktion einen solchen Reifegrad erreicht, daß es möglich ist, ohne starke Erschütterung die kapitalistische Ordnung in eine sozialistische Wirtschaftsordnung überzuführen. (Sehr wahr! h. d. U. S.)

Wie der Kapitalismus zusammengebrochen ist, wird dem Kapitalismus auch bald seine Sterbestunde läuten. Die Abenddämmerung für das alte System sehen wir. Aber schon zeigt sich die Morgendämmerung einer neuen Zeit. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird aufhören; nur Freie und Gleiche wird es dann geben.

Von der Kühnheit und Entschlossenheit der Arbeiter, namentlich auch der deutschen Arbeiter, wie freilich der Arbeiter der anderen Länder, wird es abhängen, ob diese die Menschheit befreiende Umwälzung bald erfolgt.

oder ob wir noch schwere bis dahin durchzumachen haben. Wir haben Vertrauen zu den Arbeitern; wir sind überzeugt, daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschen! (Lebhafte Beifall bei den Unabh. Soz.)

Vizekanzler v. Payer: Ich muß ablehnen, mich auf die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien einzulassen und ebenso auf die Darstellung der politischen Vorgänge der letzten Wochen, die der Vortredner soeben reichlich einseitig gegeben hat. Die antimonarchischen Extravaganzen, die dem Vortredner ja geläufig sind und die er heute wieder vorgetragen hat, will ich aber zurückweisen, namentlich unter dem Gesichtspunkte, daß mir jetzt die Stunde nicht gekommen zu sein scheint, in der man ohne Gefährdung unserer Stellung nach außen derartige Probleme aufrollen kann. (Zustimmung. Zwischenrufe h. d. Unabh. Soz.) Es ist übrigens kein Ausfluß des Fatalismus und auch keine Torheit, wenn in den heutigen Tagen das deutsche Volk sich rüsten will für den schlimmsten Fall, daß es mit Vernichtung bedroht wird. Ich glaube, es ist die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes, sich zur Wehr zu setzen, wenn seine Lebensinteressen gefährdet werden. Das entspricht auch dem menschlichen und vaterländischen Empfinden, und das ist gehandelt im Geiste der Männer, die das Deutsche Reich geschaffen und Deutschland groß gemacht haben. (Zustimmung.)

Die Note ist jetzt in der Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wir warten auf die Antwort. Es wäre schädlich und gefährlich, wenn die Parteien oder die Regierung sich in Auseinandersetzungen über den Inhalt unserer Note einlassen und sich darüber herumstreiten würden. Der Antrag, der dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages befehlen soll, will nun auch formell das parlamentarische System zum Ausdruck bringen. Die Regierung hat diese Vertrauensfundgebung nicht verlangt, sie ist ihr aber selbstverständlich willkommen. Vielleicht leistet sie nach innen und außen gute Dienste, wenn jetzt schon bekundet wird, daß dieses Vertrauen vorhanden ist. Mit der Ruhe eines guten Gewissens schauen wir der ersten Entscheidung des Reichstages als eines Gerichtshofes entgegen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Stöckel (Polen): Graf Westarp hat gesagt, kein Fußbreit deutschen Bodens dürfe abgetreten werden. Wir verlangen keinen deutschen Boden. Der Grundsatze hat längst keine Geltung mehr, daß überall deutscher Boden wäre, wo ein Deutscher jemals seinen Fuß hingeseht hat. Auch wir sind Gegner jeder zweideutigen Politik, daher treten wir aus der bisherigen Zurückhaltung heraus. Wir verlangen nur unser Recht. Wilson, dieser Freund und Wohltäter der Menschheit (Lachen rechts. Bravo! h. d. Polen), hat seine Stimme erhoben und will Grundsatze, die Gott selbst in die Herzen der Menschen niedergelegt hat, zum Recht verhehlen. Die unverjährbaren und unverletzlichen Rechte des polnischen Volkes sollen jetzt verwirklicht werden.

Vizepräsident Dove teilt mit, daß auf Antrag der Abg. Gothein (Sp.) und Bell (Zentr.) über den Vertrauensantrag der Mehrheitsparteien namentlich abgestimmt werden soll.

Abg. Graf v. Posadowsky (Deutsche Fraktion): Bei uns hatte zuletzt ein Kryptoparlamentarismus herausgebildet, in dem Personen die Verantwortung formell tragen, die die sachliche Verantwortung nicht hatten. Die Entwicklung, die sich jetzt vollzieht, wodurch wir eine wirkliche parlamentarische Regierung bekommen haben, ist demgegenüber eine Erlösung.

Ein starker Irrtum wäre es, wenn man glauben wollte, daß nach dem Frieden wieder die monarchische Regierung in volle Geltung treten würde. Der Traum von Mitteleuropa ist ja nun in Trümmer gegangen, Trost muß ich mir machen, daß die Wirtschaftsverhandlungen mit Österreich weitergeführt werden.

Abg. Ricklin (Eli.): Der Reichskanzler hat in seiner geistigen Rede mitgeteilt, daß ein Elässer zum Staatssekretär ernannt worden sei. Er hat es unterlassen, auch nur mit einem einzigen Worte darauf hinzuweisen, was die deutsche Regierung von der Einführung der Reformen in Elsass-Lothringen erwartet, oder was sie damit bezweckt. Wir halten es für unsere Gewissenspflicht, dem deutschen Volke die volle Wahrheit zu sagen, um seine trügerischen Hoffnungen aufkommen zu lassen. Diese Wahrheit lautet: All das, was hier in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg unternommen werden wird, wird in dem nunmehrigen Stadium, in das die elsass-lothringische Frage eingetreten ist, keine wesentliche Einwirkung auf die Stimmung in Elsass-Lothringen ausüben können. (Hört, hört!) Durch Annahme der 14 Punkte Wilsons ist

die elsass-lothringische Frage zu einer internationalen Frage geworden,

deren Lösung dem Friedenskongress übertragen ist. Darum müssen wir jetzt alles unterlassen, was der freien Willensäußerung in Elsass-Lothringen vorgreifen könnte. Ein Eingreifen in die Verfassungsentwicklung, die man bei uns vorhat, schließt aber eine solche Präjudizierung der freien Willensäußerung ein. Jedenfalls ist sie geeignet, die öffentliche Meinung zu verwirren. Nachdem die elsass-lothringische Frage auf das internationale Gebiet übergegangen ist, halten wir unser empfangenes Mandat, dem Lande politische Autonomie zu geben, für überholt.

Abg. Hansen (Däne): Jede Zweideutigkeit in internationalen Fragen muß jetzt vermieden werden. Unter Hinweis auf den Standpunkt des Reichskanzlers und des Präsidenten Wilson fordere ich als Vertreter der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des § 5 des Friedensvertrages zu Prag und damit bei dem bevorstehenden Friedensjahre die endgültige Lösung der nord-schleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Ich bitte, die Sitzung auszuheben, bis feststeht, wann die Regierung zu den höchst bedauerlichen, das Vaterland schwer schädigenden Erklärungen der Polen, Elässer und Dänen Stellung nehmen wird.

Vizekanzler v. Payer: Die Regierung wird morgen zu Beginn der Sitzung eine Erklärung über diese drei Kundgebungen abgeben.

Abg. Graf Westarp: Dann beantrage ich, daß auch die königlich preussische Staatsregierung hier anwesend ist. (Lachen.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Graf Westarp verlangt also mit einem Male, daß der Reichstag die preussische Regierung vor sein Forum zitiere. Wir werden uns das für spätere Fälle merken.

Abg. Graf Westarp: Wir bedauern ferner, daß in dieser ersten Stunde der Vizekanzler parteipolitische und parteitendenzlose Angriffe gegen uns gerichtet hat.

Vizekanzler v. Payer: In dieser ersten Stunde muß ich diese Angriffe zurückweisen. Es ist nicht richtig, daß ich parteipolitische oder parteitendenzlose Angriffe gegen die Rechte gerichtet habe. (Lärm rechts.) Nein, es ist nicht wahr. Ich habe hier als Mitglied der Regierung gesprochen und habe auf die Angriffe, die gegen die Regierung gerichtet wurden, geantwortet. Das ist nicht nur mein Recht, das ist meine Pflicht! (Lebh. Beifall bei der Mehrheit.)

Die Anträge auf Erhöhung der Mannschaftslöhnungen werden einem Ausschuss überwiesen.

Donnerstag, 11 Uhr, Weiterberatung. Schluß 7/7 Uhr.

195. Sitzung, 24. Oktober, vorm. 11 Uhr.

Am Bundestratsliche: v. Payer, Dr. Solf, Scheich, Scheidemann, Erzberger.

Die gestrige Beratung wird fortgesetzt.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf: Der Vortwurf, daß sich unsere Truppen beim Rückzug durch Flandern und Nordfrankreich völkerrechtswidrige Handlungen hätten zuschulden kommen lassen, weise ich zurück. Am Einvernehmen mit dem Generalgouverneur in Brüssel hat eine Kommission unter Führung des spanischen Gesandten im Haag die deutsche Front besichtigt. Sie hat anerkannt, daß die deutschen Militärbehörden alles ihnen Mögliche getan haben, um sowohl das Los der Flüchtigen als auch das Los der Bewohner der dem Bombardement ausgesetzten Städte zu lindern.

Die Regierung ist gestern von verschiedenen Seiten angefragt worden, ob sie die Grundsatze des Präsidenten Wilson ehrlich durchzuführen beabsichtige. Die Regierung weist jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurück. (Bravo!) Was Elsass-Lothringen und Polen anbelangt, so ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landesteile unter den 14 Punkten Wilsons ausdrücklich angeführt sind, mit der Realisation beider Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind. Auf die nord-schleswigsche Frage trifft das aber nicht zu. Ein positiver Rechtsanspruch auf eine Volksabstimmung aus dem Prager Frieden besteht heute nicht mehr.

Der Herr Abg. Ricklin hat ein recht herbes Urteil gefällt über die in Elsass-Lothringen eingegeführte Neuorganisation der Dinae. Die Regierung wird sich dadurch nicht abhalten lassen, den für richtig erkannten Weg weiter fortzuschreiten. (Bravo!)

Kriegsminister v. Scheich: In schweren, aber nicht verzweifeltsten Tagen trete ich als Kriegsminister vor Sie. Das Heer ist nicht gelassen, die Heimat ist nicht zusammengebrochen. (Beifall!) Die Kräfte des Widerstandes zu befehlen, ist meine dringende Aufgabe. Meine Verwaltung bittet um Ihr Vertrauen, sie verdient es. Ihr Kritik gelöst wird, solche es mit dem Maße, die die Haltung vor den Leistungen unserer Frontführer und die Rücksicht auf die große Verantwortung unserer Kommandostellen daheim gebietet. (Beifall rechts.) Es ist behauptet worden, 1918 seien die Munitionsbestellungen vermindert worden. Diese Behauptung ist falsch. (Der Kriegsminister führt im einzelnen den Tatbestand an.) Ich schreibe mit der Bitte um Vertrauen und um Hilfe. Wir müssen jetzt, wenn die Notwendigkeit sich erweist unter Umständen dem Bernichtungswissen unserer Feinde den deutschen Kamofissen entgegenstellen. (Geheißer wiederholter Beifall rechts. Unruhe und Zurufe links.)

Abg. Nooke (Rea. Soz.): Der Kriegsminister hat immer noch nicht erklärt, um was es sich hier handelt. (Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Die Reden des gestrigen Tages machen mir ihn zu dem trübsten, den ich bisher erlebt habe. Deutschland wird die Zurückhaltung angebroht, und rein deutsche Bevölkerung wird als Siegespreis verlangt. Das Selbstbestimmungsrecht muß total durchgeführt werden. Die herbe Kritik, die der Abg. Stöckel an dem gegen die Polen verübten Unrecht geübt hat, begreife ich. Aber er hätte auch Worte der Anerkennung dafür finden sollen, daß die polnische Freiheit nicht mit polnischem, sondern mit deutschem Blut errichtet wird. (Sehr wahr!) Auch die Annerkennung deutscher Kolonien durch die Entente wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden. Die Restrukturierung Ostereiches wird zur Tatsache. Feindliche Politikern scheinen das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur für Europa zu verlangen. Aber die Nachwirkung dieser Formel werden England und Frankreich in Irland, Maier, Marokko, Ägypten und Indien zu spüren bekommen.

Das deutsche Volk braucht sich wahrlich nicht zu schämen, wie es die Unwissenden jetzt meinen, wenn deutsche Tapferkeit trotz allmählicher Massenerfolge nicht zum Siege führte, so deshalb, weil immer neue Gegner entstanden sind.

Präsident Fehrenbach ruft nachträglich den Abg. Werner-Giehn zur Ordnung, weil er dem Abg. Korsantzy zugerufen hat: Raus mit dem Hund!

Staatssekretär Trimborn: Wir müssen unser lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß die gestrige Verammlung der Friedensgesellschaft nicht zustande gekommen ist. Die Verfügung des früheren Kriegsministers betr. die Behandlung der Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften ist aufgehoben. (Hört, hört! und Bravo! links.) Friedensversammlungen sollen gestattet werden. Die Verhinderung der gestrigen Verammlung fällt nach den bisherigen Feststellungen nicht dem Polizeipräsidenten zur Last, sondern dem Oberkommando, das über die Genehmigung der Versammlung nicht rechtzeitig entschieden hat. Inwieweit dabei ein Verschulden vorliegt, wird noch untersucht. Wir haben Fürsorge getroffen, daß das Programm der neuen Regierung in Sachen der Zensur und des Belagerungszustandes streng durchgeführt wird.

Abg. Kretsch (Kons.): Spricht keine Entrüstung über den Abg. Korsantzy aus. Gegen die Abtrennung Ostpreußens würden auch die ostpreussischen Sozialdemokraten noch heute Mann für Mann zum Schwert greifen. Haases Entrüstung über die Verammlung in Vyd sei also ganz unangebracht. Aber man müsse auch die Drückerberger heranziehen. (Zuruf links: Auch die Landwirte! Unruhe und Zurufe h. d. Fortschritt.) Hören Sie doch endlich mit Ihren elenden Klopfstereotypen auf! Abg. Gothein ruft seinen Freunden zu: Halten Sie doch diese unbedeutende Rede nicht durch Zwischenrufe auf! Vizepräsident Dove: Das Haus hat kein Recht auf bedeutende Reden! Große Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.):

Meine Herren, über die Kriegslage und alles, was damit zusammenhängt, hätte ich keinen Anlaß gehabt, mich jetzt noch auszusprechen, nachdem mein Freund Haase bereits auf die Sache eingegangen ist, wenn nicht zu meinem großen Erstaunen gestern und heute Neußerungen von verschiedenen Rednern gefallen wären, die mir die Ueberzeugung beibringen, daß selbst hier im Reichstag die Situation absolut nicht richtig erfasst wird.

Der Herr Graf von Posadowsky hat gestern längere Ausführungen darüber gemacht, was für weltpolitische Maßregeln seiner Ansicht nach eigentlich Deutschland ins Auge fassen müsse; vor allen Dingen dürfte

es nicht vollständig die Hand von Belgien abziehen,

weil dadurch Deutschlands politische Stellung in der Welt in den kommenden Zeiten bei eventuellen Kriegen schwer gefährdet werden würde. M. S., daraus geht hervor, daß der Herr Graf von Posadowsky sich noch der merkwürdigen Illusion hingibt, es sei überhaupt möglich, bei dem Friedensschluß irgendwelche Zugeständnisse zu erwirken, die es Deutschland ermöglichen, auf Belgien die Hand zu legen. Nach unserer Ansicht wäre ein solcher Versuch an sich verfehlt, weil wir der Meinung sind, daß Deutschland verpflichtet ist, Belgien vollständig in seiner Souveränität wiederherstellen zu helfen, und zwar auch dann, wenn der Friedensschluß bei der günstigsten militärischen Lage Deutschlands hätte erfolgen können. Aber, m. S., jetzt bei dieser Kriegslage mit derartigen Illusionen sich zu tragen, das ist mir unbegreiflich bei einem Manne wie dem Herrn Grafen von Posadowsky, der als ehemaliger Staatssekretär doch mit den Dingen besser vertraut sein müßte. Ich kam auf den Gedanken, daß er, als er aus Raumburg hierherkam, auf dem Umweg in den Kaffhäuser geraten ist und daß er dort am Steintisch die letzten Wochen vollkommen verbracht hat bis ihm der Bart durch den Tisch gewachsen ist. (Heiterkeit.) Aber, m. S., immerhin — der Herr Graf von Posadowsky ist ein Staatssekretär außer Dienst. Heute aber haben wir von einem Staatssekretär im Dienst gehört und noch dazu von einem Staatssekretär, der für die Beurteilung der Kriegslage die wichtigste Stelle ist, von dem Staatssekretär des Krieges — (Zuruf) — Ja, Kriegsminister! Parbon, die Bezeichnungen laufen bei den verschiedensten Requiriments, die in den hohen Stellen vorgenommen werden, etwas durcheinander. Also, bei dem preussischen Herrn Kriegsminister sind Anschauungen zuzugehören, die darin gipfeln, daß er erklärt, Deutschland könne noch einen erfolgreichen Krieg weiterführen. Er hätte nicht anders reden können — wir wollen sagen — vor der letzten Katastrophe, sagen wir, Mitte September. Wenn damals der Herr Kriegsminister irgendein Wort in der Richtung geredet hätte, so hätte das in der Auffassung der damaligen Zeitslage gepakt, wie sie von der Regierung noch bis zum letzten Augenblick vertreten wurde. Sie vertritt sich aber absolut nicht mit dem, was die maßgebendsten Stellen für die Kriegslage, nämlich der Generalstabchef Generalfeldmarschall Hindenburg und sein nächster Berater, der General von Ludendorff, hier in Berlin in ihrer Bedrängnis festgestellt haben. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Die Froude des Kriegsministers.

Ich bedauere, m. S., daß Herr General v. Scheich bereits den Rückzug angetreten hat; aber ich kann ihn leider noch nicht verlassen. Denn abgesehen davon, daß er durch sein heftiges Auftreten versucht, den Glauben zu erwecken, als sei noch eine Kriegslage vorhanden, wie sie vor dem Zusammenbruch bestand, hat die Sache noch eine andre Seite. Da knüpfe ich an eine Bemerkung an, die einer der Herren Vortredner, Herr Abg. Raumann von den

zwei Köpfen der Reichsregierung machte, die gegeneinander arbeiten. Das hat sich selbst in der neuen parlamentarischen Ära nicht geändert. Die heutigen Ausführungen des Herrn General Scheich durchkreuzen die feierlichen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers Prinzen Max v. Baden und seines Stellvertreters. Ich nehme an, daß die zum Schweigen beurteilten Herren Staatssekretäre ohne Vortesevills- und ohne Redeeinkaufnis auch damit einverstanden sind. (Heiter-

leit.) Und dieser Vorgang stimmt vollkommen mit dem überein, was uns überall berichtet wird, daß jetzt unter der Hand von militärischen Stellen aus dem Lande für den Glauben mobil gemacht wird, die Reichsregierung habe eine Uebereilung begangen, als sie Wilson den Frieden anbot, die Sache lasse sich eben noch ändern. Diese Mitteilungen waren schon vorher von verschiedenen Seiten in Umlauf gesetzt, ehe Herr General Scheuch seinen Stempel darauf drückte.

Herr General Scheuch hat damit direkt gegen die Reichsregierung frondierte.

Ich muß da gleichzeitig auf einige Ausführungen des Herrn Kreth eingehen, der glaubte, hier heute folgende Bemerkungen sich erlauben zu können; wenn Herren aus dem Parlament, aus der Demokratie die Regierung übernehmen, die das Regieren nicht verstehen, dann muß es so kommen. Ja, meine Herren, die amtierende Bürokratie, Diplomatie und alles, was damit zusammenhängt, die politisierenden Generale haben jetzt den vollgültigen Nichtbefähigungsnachweis für das Regieren so offenkundig vor aller Welt geliefert, daß es erstaunlich ist, wie ein Wortführer dieser verpönten Interessenwirtschaft sich erlauben kann, vor andern Leuten zu sagen daß sie als Abgeordnete selbstverständlich das Regieren nicht verständen. Mit diesem Ausspruch hat Herr Kreth ja gerade den vollgültigen Beweis geliefert, daß er der Vertreter einer bisher in Preußen und Deutschland regierenden Partei ist,

die das Deutsche Reich und das deutsche Volk durch ihre Regiererei in das schrecklichste Unglück gestürzt hat.

(Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Da muß allerdings ausgeräumt werden mit einem eisernen Besen, nicht mit den zusammengebundenen Flederwischen der Mittelparteien dieses Hauses. (Heiterkeit bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

M. H.! Ich habe vorhin betont, daß in Deutschland mit kräftigem Besen ausgekehrt werden muß, und daß man sich nicht darauf beschränken darf, bloß einige Staatssekretäre aus dem Parlament in ein Regierungssamt hineinzuschmeißen, sondern daß in Deutschland mit den Vertretern des alten Systems gründlich ausgeräumt werden muß. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Der Belagerungszustand.

Derartige Gegenwirkungen wie von dem General Scheuch werden fortgesetzt unternommen werden, z. B. von den Zivilbeamten und Militärbeamten, die heute noch auf Grund des Belagerungszustandes das Recht haben, in die innere Landesverwaltung einzugreifen.

Auf einige Beschwerden gegen die Handhabung des Belagerungszustandes hat Herr Vizelandtagspräsident von Payer die Auskunft gegeben, daß Abhilfe geschaffen werden soll. Aber das Volk wird noch immer in der alten Weise schikaniert und drangsaliert.

Wir haben heute erst wieder die Nachricht bekommen, daß ein Parteigenosse von uns, Herr Reiwand in Halle (Hört, hört!), der monatelang in Untersuchungshaft gefesselt hat, aus die er zwar entlassen, aber dann sofort in Schutzhaft genommen wurde. (Zuruf: Ein Schurkenstreich des Militarismus! Glorreich des Präsidenten.)

Es ist mir ferner ein Telegramm aus Hamburg zugegangen, daß eine Frau Düvel und eine Frau Mendel jetzt in Haft genommen worden sind auf Grund von Anklagen wegen einer Beteiligung an dem Januarstreik 1918. (Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Ungefähr drei Viertel Jahre ist es her, daß die angeblichen Untaten von diesen Frauen begangen sein sollen. Glaubte die Verwaltung wirklich, Handhaben zu Anklagen gegen sie zu erheben, so konnte sie damit vorgehen, ohne sie zu verhaften. Wenn sie 9 Monate in Freiheit haben sein können, liegt kein Grund dafür vor, selbst vom Standpunkt der Verwaltung aus, diese Frauen plötzlich in Haft zu nehmen.

Und hier in Neudölln sind Parteigenossen von uns, die gleichfalls in Verfolg des Januarstreiks unter Anklage stehen, wegen Verbreitung von Flugblättern — das wird ja als Landesverrat angesehen — verhaftet worden. Sie sind allerdings aus der Untersuchungshaft entlassen worden, aber gleichzeitig ebenfalls in Schutzhaft genommen worden, wo sie nun noch obendrein in höherem Maße dem Hunger ausgefesselt sind. (Zuruf.) Denn in der Schutzhaft, die wir auf dem Alexanderplatz in Berlin unter Einfluß des Oberkommandos und seines Handlangers, des Herrn Polizeipräsidenten Henniger, haben.

Sind die schrecklichsten Zustände in bezug auf die Behandlung der Gefangenen im ganzen Deutschen Reich.

(Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Da haben Sie den allerdringendsten Anlaß, einzuschreiten und aufzuräumen mit dieser Mißwirtschaft. (Zuruf.) Einer der Herren ruft mir zu, das seien die Saboteure der neuen Regierung. Ja, bitte, wenden Sie sich an Ihre Parteigenossen in den Regierungskabinetten und verlangen Sie, daß sie sofort aus dem Amte herausgehen, wenn nicht mit solchen verderblichen Zuständen ein Ende gemacht wird. (Zuruf.)

M. H., da Sie sich so bereit erklären, Remedur eintreten zu lassen, will ich Ihnen gern noch eine andere Gelegenheit geben, zu helfen, daß ein Ehrenmann wieder in seine Rechte eingesetzt wird. Unser Freund Karl Liebknecht ist jetzt aus dem Zuchthaus entlassen worden. Die Verfügung bedingt, daß ihm auch die bürgerlichen Ehrenrechte wiedergegeben werden wegen Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte — vor der Beurteilung hat ihn bekanntlich dieser Reichstag nicht geschützt — würde er seines Reichstagsmandats verlustig erklärt und in der Nachwahl in Potsdam-Schwandau würde an seine Stelle statt unseres Kandidaten Mehring ein Herr Stahl gewählt, der also jetzt den Sitz Liebknechts einnimmt. Nach meiner Auffassung würde allerdings Herr

Stahl verpflichtet sein, sein Mandat niederzulegen, um die Wähler entscheiden zu lassen, ob sie ihm oder Liebknecht das Mandat übertragen wollen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Fort mit dem monarchischen System!

Es ist absolut notwendig, daß auch an der Spitze der Staaten nicht nur ganz andere Personen eingesetzt werden, sondern auch ganz andere Einrichtungen eingesetzt werden. Das monarchische System, in dem das bürokratisch-militärische Regierungssystem gipfelt, hat vollkommen abgewirtschaftet. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.)

Gerade in den Trägern des monarchischen Systems ist diese Abwirtschaltung sinnbildlich zutage getreten. Es wäre auch einer der Schritte gewesen, mit dem die gegenwärtige Regierung sich das Vertrauen aller derjenigen Personen im Inland und im Ausland hätte erwerben können, auf die sie rechnete, wenn sie dafür gesorgt hätte, daß der gegenwärtige Kronträger in Preußen seinen unheilvollen Einfluß nicht mehr weiter ausüben könnte. (Zustimmung und Beifall b. d. Unabh. Soz. Unruhe rechts.)

Ich weise noch auf die Tatsache hin, daß an dem militärisch-imperialistischen System, unter dem wir leiden, wie an dem Kriege, in letzter Linie der Kapitalismus die Schuld trägt. Ein gut Teil der Wertschuld tragen auch diejenigen Parteien dieses Hauses, die dieses ganze System gehalten haben. Sofern man aber einzelne Personen ins Auge faßt, die da auf Grund dieses Systems einen unheilvollen Einfluß ausgeübt haben, dann steht allerdings Kaiser Wilhelm II. an der Spitze. (Glorreich des Präsidenten.)

Vizepräsident Dove:

Herr Abgeordneter Ledebour, Sie haben wiederholt den Ausdruck „unheilvollen Einfluß“ gebraucht, und zwar in Verbindung mit der Person des Monarchen. Wegen dieses Verstoßes gegen die parlamentarische Ordnung und dieses unerhörten Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Lachen und Zurufe b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Ledebour:

Ich werde mich darauf beschränken, Tatsachen ohne Kommentar sprechen zu lassen. Kurz nach Beginn seiner Regierung hat Kaiser Wilhelm II. an Rekruten eine Ansprache gerichtet, in welcher er sie aufforderte,

auf Vater und Mutter zu schießen,

wenn es kommandiert wird.

Als Träger des imperialistischen Systems hat Kaiser Wilhelm II. fortgesetzt in der Welt herumtelegraphiert. Ich will nur eins zitieren. Er hat an den ehemaligen Kaiser Nikolaus II. von Rußland ein Telegramm gerichtet dem Sinne nach: Der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans. (Lachen b. d. Unabh. Soz.) Sie meinen vielleicht, das sei nur geschmacklos, ach nein, das war in der Situation eine direkte Aufpeitschung Englands zur Feindschaft gegen Deutschland. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Es lassen sich ja auch dieselben Verwicklungen anführen. Er hat andererseits auch wieder in dem „etamten Daily-Telegraph-Interview“ Ansprüche getan, die selbst bei den bürgerlichen Parteien dieses Hauses, nicht bloß bei uns, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben. Schon damals habe ich namens unserer Fraktion die Anträge vertreten, die erst auch von Ihnen eingebracht und unterstützt werden, nur eingermäßen ein besseres Regiment in Deutschland durchführen wollen.

Aus der allerletzten Zeit aber ist hier etwas bekannt geworden, was glaube ich Ihnen teilweise noch neu ist. In Rußland hat man die Korrespondenz Kaiser Nikolaus II., die er mit seinem Freund und Bruder Kaiser Wilhelm II. geführt hat, veröffentlicht. Darunter befindet sich ein Brief, den Wilhelm II. im Jahre 1895 an den russischen Zaren geschrieben hat. Der lautet:

Mein Reichstag zeigt eine verflucht läbliche Führung, indem er zwischen den Sozialdemokraten, die von den Juden unterstützt werden, und den ultramontanen Katholiken hin und her schwankt. Meiner Ansicht nach müssen beide Parteien einzeln gehängt werden. (Hört, hört! links. Lachen rechts.)

Wäre diesem Wunsche Kaiser Wilhelms II. damals nachgegeben worden, so wäre von den antwärtigen Herren z. B. Herr Staatssekretär Gröber nicht in die Lage gekommen, sich von Wilhelm II. ein Portfeuille in die Hand drücken zu lassen. (Zurufe und Heiterkeit.)

Das ist allerdings ein formeller Unterschied: das Verhältnis zu dem Herrn, der ihm den Strick um den Hals legen wollte, ist aber genau dasselbe. Nach meiner Ansicht dürfte eine Regierung nicht bloß dieses Briefes wegen, sondern der gesamten Umgebung wegen, die von dem Herrn bekannt ist, nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten. Aber mit der Kronmiederlegung Wilhelms II. wäre wenig gebessert. Ich will auf seine Nachkommenschaft nicht weiter eingehen. (Heiterkeit links.) Ich meine, man muß sich nicht mit einzelnen Personen aufhalten. (Sehr wahr! b. d. Unabhängigen Soz.), sondern es muß einfach

das ganze monarchische System ein für allemal beseitigt werden.

(Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Die deutsche Antwort an Wilson.

M. H., der Vizelandtagspräsident v. Payer hat heute auf die Note Bezug genommen. Er hat gegenüber Bemängelungen des Verhaltens der Reichsregierung bei der Abfassung der Antwortnote an den Präsidenten Wilson Bemerkungen fallen lassen, die ich nicht unwidersprochen hingehen lassen kann, da sie geeignet sind, ein ganz falsches Bild von der Be-

teiligung der Reichstagsabgeordneten an dieser Note hervorzurufen.

Herr v. Payer stellt die Vorgänge vor der definitiven Fertigstellung der Note so dar, als ob die Vertreter der Parteien, nachdem sie darauf aufmerksam gemacht worden wären, daß noch zwei Lücken in der Note vorhanden wären, ihre Ratschläge gegeben hätten, und daß man — merken Sie auf, m. H. — diese Ratschläge auch berücksichtigt habe. Es mag sich das auf Ratschläge beziehen, die Graf Westarp oder einer der Herren gegeben hat. Da aber an dieser Beratung auch zwei Vertreter unserer Partei, mein Freund Haase und ich, teilgenommen haben, so habe ich für uns zu erklären, daß wir erstens gar nicht aufgefordert waren an der Vorbereitung der Note mitzuwirken.

Nach meiner ausdrücklichen Anfrage — ich habe das nochmals am Schluß festgestellt — waren wir nur zur Information zugezogen, wie auch die anderen Herren. Wir haben aber trotzdem einen Ratschlag erteilt, und zwar nach unserer Überzeugung einen außerordentlich wichtigen Ratschlag, der, wenn er befolgt worden wäre, die Wirkung hätte haben müssen, den Frieden in erfreulicher Weise vorwärtszubringen. Der Herr Abgeordnete Ebert hatte nämlich vor uns den Rat gegeben, es möchte in die Note ein Passus hineinkommen, worin die Regierung sich bereit erklärt, den U-Bootkrieg auf die Form des Kreuzerrieges heranzuführen, also den U-Bootkrieg allerdings fortzusetzen, aber in der Form des Kreuzerrieges. Der Unterschied ist bekanntlich der, daß beim Kreuzerrieges das U-Boot die Handelschiffe anzurufen und zu warnen hat und erst nach der Möglichkeit, daß die Mannschaften sich retten, die Torpedierung vornimmt, während beim rücksichtslosen U-Boot die U-Boote die Schiffe sofort versenkt. Demgegenüber habe ich darauf hingewiesen, daß das absolut ungenügend sei, da nach den Ausführungen des Herrn Vizelandtagspräsidenten v. Payer schon die gegenwärtige Vorlesung, daß man keine Passagierdampfer torpedieren wolle, in der Praxis große Schwierigkeiten habe, da die Schiffe sich bei den großen Entfernungen nicht deutlich unterscheiden lassen. Dasselbe treffe zu auf den Kreuzerrieges beim U-Boot, und deshalb empfahlen wir in die Note die Erklärung hineinzunehmen, daß der U-Bootkrieg überhaupt eingestellt werde. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Wir bebauern lebhaft, daß die Reichsregierung diesen einzigen Ratschlag, den wir erteilt haben, nicht befolgt hat.

Die Nationalitätenfrage.

Meine Herren, ich komme jetzt auf die Frage, die gestern und auch heute einen breiten Raum in den Verhandlungen eingenommen hat, nämlich auf die Frage der fremdsprachigen Völker, auf die Frage des Verhältnisses dieser Völker zum Deutschen Reich, das ganz zweifellos durch die Wilsonnote berührt wird. Die Ausführungen, die Herr Staatssekretär Solf heute zu dieser Frage gemacht hat, sind allerdings zum großen Teil von einer erfreulichen Klarheit und Eindeutigkeit, wie wir sie bisher an vielen Ausführungen der Regierung haben vermissen müssen; zum Teil sage ich. Er hat rücksichtslos zugegeben, daß durch das Zugeständnis zu der Wilsonnote dem bevorstehenden Friedensongeh auch von deutscher Seite das Recht gegeben wird, staatliche Neubildungen ins Leben zu rufen, die nicht vor den Grenzen Deutschlands Halt machen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker also auch gewissen fremdsprachigen Völkern bei uns in vollem Maße zuzulassen muß. Soweit kann ich den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Solf nur meine Anerkennung zuteil werden lassen!

Er hat in einem Punkte zunächst allerdings dem Vertreter der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs widerprochen, der aus dem § 5 des Prager Friedensvertrages den Schluß zog, daß Deutschland rechtlich verpflichtet sei, das dänisch sprechende Nordschleswigs eine Volksabstimmung zu unterwerfen, ob es zu Dänemark gehören will oder nicht. Der Herr Abg. Hansen hat meiner Ansicht nach diesen Anspruch mit Zug und Recht erhoben; unsere Partei stimmt ihm darin vollkommen zu. Es entspricht dem Selbstbestimmungsrecht des dänisch sprechenden Teils der Bevölkerung, daß sie selbst darüber entscheidet, ob sie zu Dänemark oder zu Deutschland gehören will. Der Anwendung dieses Grundgesetzes wird auch nicht der geringste Abbruch durch die Deduktionen des Herrn Solf getan, die er in bezug auf den § 5 gemacht hat. Preußen hat zunächst mit Dänemark den § 5 vereinbart, der dieses Recht den Dänen zugestanden, hat ihn dann aber einseitig, ohne die Bevölkerung zu fragen, aufgehoben. Dadurch wird doch das Selbstbestimmungsrecht dieser Bevölkerung nicht entkräftet, und wir verlangen, daß ganz unbeschadet der Rückgängigmachung des § 5 die Dänen Nordschleswigs ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben und darüber abstimmen, ob sie zu Dänemark gehören wollen oder, wie in der letzten Zeit, zu Preußen.

Der Herr Abg. Hansen hat auch in einer nicht sehr befriedigenden Weise Abstand davon genommen, etwa weitere Ansprüche Dänemarks auf südbliche deutsch sprechende Teile Schleswigs zu erheben, trotzdem historische Ansprüche wegen der Zugehörigkeit des ganzen Herzogtums Schleswig zum Königreich Dänemark sich ebenso gut hätten geltend machen lassen, wie vorher polnische Ansprüche auf historische Tatsachen begründet worden sind. (Sehr gut! b. d. Unabh. Soz.)

Die polnische Frage.

Meine Herren, ich bedaure lebhaft, daß ich diese volle Zustimmung, die ich Herrn Hansen zuteil werden ließ, nicht dem Herrn Abgeordneten Stöckel, dem Wortführer der polnischen Partei, zuteil werden lassen kann. Er hat nur zum Teil recht. Er beruft sich fälschlich auf den Präsidenten Wilson. Aber selbst, wo ein Wilson ihm Wort für Wort zustimmt,

würde ich diesen Anspruch bekämpfen. Er wird damit nicht schlechter und nicht besser. Der Punkt 13 der Wilson-Forderung lautet in der Uebersetzung — ich habe mich überzeugt, daß die Uebersetzung sinngemäß richtig ist —:

Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unverletzlichkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein sollte, errichtet werden.

Es werden darin also Länder gefordert, die eine unzweifelhaft polnische Bevölkerung besitzen. Das kann sinngemäß nur so aufgefaßt werden, daß es Gebiete sind, in denen die polnische Bevölkerung in einer unbestreitbaren Mehrheit sich befindet. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Dieser Grundsatz, daß die Karte Europas neu gestaltet werden soll auf Grund der sprachlichen Zugehörigkeit der Völker, setzt sich jetzt, am Ende des Weltkrieges, überall durch. Er hat bereits zur Auflösung des österreichischen Staates geführt, er hat schon auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Reiches unter Zustimmung der sozialistischen Regierung seine Anwendung gefunden, er wird auf dem Balkan, in Asien usw. durchgeführt werden. Es gibt aber, wenn man noch einem einheitlichen Rechtsgrundsatz diese Neugestaltung durchzuführen will, dafür nur den einen maßgebenden Grundsatz, daß die sprachliche Zusammengehörigkeit der gegenwärtigen Bevölkerung als Grundlage für die Abstimmung zu entscheiden hat, und daß die Bevölkerung der betreffenden Landesbestteile selber mit Mehrheitsbeschluß alle erwachsenen Männer und Frauen nach Friedensschluß, nach Zurückziehung der Truppen von allen Seiten, darüber entscheidet, wohin sie gehören will.

An diesem klaren, eindeutigen Grundsatz hat man in jedem Einzelfalle zu prüfen, ob dieser oder jener Landesbestteil bei seinem gegenwärtigen Staat bleiben soll, oder ob er einem neuen andern Staat oder einem neu zu bildenden Staat zuzuteilen ist.

Wenden wir das nun auf die polnisch sprechenden Gebiete des Königreichs Preußen an — ich habe mich nota bene sehr eingehend jahrelang damit beschäftigt und versucht, auf Grund der bekannten ethnographischen Verhältnisse mir das selber auf Karten einzuzichnen —, so führt meiner Uebersetzung nach die sinngemäße Anwendung dieser Bestimmung zweifellos dazu,

daß ein polnischer Kern der Provinz Posen an den künftigen polnischen Staat abgetreten werden muß, wenn die Gesamtbevölkerung in der Abstimmung aller Bevölkerungssteile sich dafür entscheidet. Dieser Teil würde etwa nach Weßen abgegrenzt sein mit Fraustadt, Wissa, Meseritz usw., das nördliche Nebegebiet mit Bromberg, die Grenze würde dann zwischen Adelnau und Bromberg durchgehen und bis an Kongreßpolen heran.

Zweifelhaft kann die Sache werden bei der Abstimmung in den polnischen Gebietssteilen Oberschlesiens. Auf Grund der sprachlichen Zusammengehörigkeit, würden polnische Gebietssteile für diese Regelung in Frage kommen, und ich frage Sie, m. H. Polen: Sind Sie der Ansicht, daß Sie auf Grund des Wilsonvertrages Anspruch erheben können auf die Angliederung Oberschlesiens in der Majorität polnisch sprechender Gebietssteile an ein neues Polen?

(Ja wohl! b. d. Polen.)

Wenn Sie das tun, m. H., so verwirkeln Sie damit den Anspruch auf Weßenpreußen und Danzig. (Zuruf b. d. Polen.)

Ich komme auf alle diese Fragen. Wir sprechen zunächst von den internationalen Rechtsgrundsätzen, die beim Friedensvertrag maßgebend zu sein haben. Das ist die Grundlage, m. H. Entweder könnte man sagen: wir legen historische Grenzen zugrunde, oder man kann sagen: wir legen die sprachliche Zusammengehörigkeit zugrunde. In dem Wilsonschen Angebot ist aber nur von der sprachlichen Zusammengehörigkeit die Rede, von nichts anderem. Die historischen Grenzen scheiden also aus, ganz abgesehen davon, daß wir überhaupt die Forderung irgendwelcher Zugehörigkeit zu einem Lande wegen historischer Tatsachen aus früherer Zeit verworfen; wir halten das für grundverkehrt. Westpreußen aber ist in seiner überwiegenden Mehrzahl ein deutschsprechendes Land. Danzig ist fast eine nahezu vollständig deutschsprechende Stadt. Ich glaube, in Berlin gibt es keinen stärkeren Prozentsatz von Polen, als in Danzig. (Sehr richtig! Zurufe bei den Polen.) Ringsum? Die ganze Weichselniederung spricht deutsch. Sie kennen also nicht einmal die Ethnographie in Polen, die Ethnographie des polnischen Staates. (Weiterkeit und Zurufe.)

Nein, nicht ringsum, vielleicht nur polnischer Adel. Ich habe gar nichts dagegen, die Bevölkerung soll ja entscheiden. Wir haben aber wenigstens Abstimmungen, die einigermaßen annähernd erkennen lassen, ob die Bevölkerung sich jetzt polnisch oder deutsch fühlt, bei den Reichstagswahlen. Seit Bestehen des Reiches wird in Posen und Westpreußen fast durchweg abgestimmt nach deutsch oder polnisch. Deshalb kommen die Sozialisten auch so schwer hoch, weil die nationalen Kämpfe die Leute so absorbieren, und die Abstimmung hat ergeben, daß in der Weichselniederung fast gar keine Polen sind. Es ist ein absolut deutsches Gebiet, die Abstimmung wird das zweifellos ergeben. Da muß sich das ja zeigen. Man muß natürlich die Gebiete in bestimmte Gruppen teilen und diese Gruppen einzeln abstimmen lassen.

Aber Sie verlangen das Weichselgebiet, Danzig nun einmal, weil es historisch zu Ihnen gehört hat.

Der Abg. Stuchel hat hier gestern als Beweis dafür, daß es ja ratsam sei, Danzig abzutreten, einen Festartikel eines Gymnasiallehrers aus dem Jahre 1754 zitiert. Ich habe ihn dringend gebeten, uns damit in seinem eigenen Interesse nicht zu behelligen, er hat sich aber nicht davon abhalten lassen. Wenn irgend ein vernünftiger Mensch sich nur durch Festartikel von Gymnasiallehrern aus dem 18. Jahrhundert, der Zeit der vollkommenen Knechtschaft, der Knechtsgesinnung der Leute, insbesondere der Lehrer, bestimmen lassen will, dann ist das doch reine Verzweiflung. Wenn Sie selbst jetzt die Gymnasiallehrer aller Völker abstimmen lassen würden, was würde da für gräßlicher Unfug herauskommen! (Weiterkeit.) Oder die Professoren oder beide zusammen! Auf die paßt heute noch das Wort, das in der Paulskirche geprägt wurde:

75 Professoren,
Vaterland, du bist verloren!

(Weiterkeit.) Und nun einen Artikel, dem die Knechtseligkeit vor dem polnischen König aus allen Zeiten schweigt!

Und nun gestatten Sie mir ein verständliches Wort. Ich glaube, Sie werden es mir nicht beistimmen, daß kein anderes Mitglied dieses Hauses mehr als ich, seitdem ich im Parlament bin, mit aller Energie, mit allem mir gegebenen Feuer dafür eingetreten bin, daß das Unrecht, das gegen die Polen ausgeübt wurde, abgestellt wird. Ich habe das für notwendig und für meine Pflicht gehalten, weil ich es für eine geradezu der schädlichsten, verderblichsten politischen Erscheinungen in Deutschland gehalten habe, diese sprachliche Unterdrückung, diesen Versuch, die Polen ihrer Muttersprache zu berauben, sie zu germanisieren. Sie werden es mir nicht beistimmen, daß ich wirklich gegen jedes Unrecht, das ihnen angetan ist, aufgetreten bin.

Um so mehr hoffe ich, daß Sie das, was ich Ihnen sage, als den Rat eines Freundes aufnehmen. Sie setzen sich in das schwerste Unrecht, wenn Sie jetzt den Versuch machen, in den kommenden polnischen Staat Gebiete einzufügen, in denen eine anderssprachliche Majorität besteht, und leider muß ich feststellen, daß nicht bloß hier im Hause Anspruch auf deutschsprechende Gebiete erhoben wird, sondern, daß die polnischen Imperialisten trotz der bitteren Lehren, die ihnen die Geschichte gegeben hat, jetzt wieder den Versuch machen wollen, einen polnischen Staat zu rekonstruieren, der, wenn er allen Wünschen, die von polnischer Seite geäußert werden, Rechnung trägt, eine polnische Minderheit zu Herren über die Mehrheit der anderssprachlichen Bevölkerung machen wird.

Ich bin, als ich in England längere Jahre lebte, dort an Ort und Stelle, nicht hier im Reichstag, erst gegen die Unterdrückung der Polen und Wuren aufgetreten, und als ich in den Reichstag kam, bin ich gegen die Unterdrückung der Polen aufgetreten. Aber ich bin auch jederzeit gegen die Unterdrückung der Deutschen aufgetreten. (Bravo! rechts.)

Dadurch, daß ich internationaler Sozialist bin, höre ich nicht auf, Deutscher zu sein. (Bravo!)

Es ist eine vollkommene Irreführung, wenn von unverständigen Leuten behauptet wird, daß das Wesentlichste zum internationalen Sozialismus sich nicht vertritt mit einem starken Empfinden, mit der Liebe zu seinem eigenen Volk (Bravo!), und die Sprachgemeinschaft ist das Entscheidende, nicht die Staatszugehörigkeit, diese ist etwas Ephemeres, die Sprachgemeinschaft ist das Entscheidende für das Volk.

Der Appell an die deutsche Arbeiterschaft.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß aus dem furchtbaren Zusammenbruch, den der Weltkrieg herbeigeführt hat, das deutsche Volk sich nur dadurch eine glückliche Zukunft sichern kann, daß es sich republikanische Einrichtungen schafft, die die verderbliche kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische ersetzen. Indem wir diese Erklärung abgeben, appellieren wir damit an die Arbeiterschaft Deutschlands, daß sie das Werk der Revolutionierung unsrer Verhältnisse, das das Bürgertum unsfähig ist, durchzuführen, in die Hand nimmt. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.)

Wir appellieren aber auch gleichzeitig an die Arbeiterschaft aller Länder (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.), daß sie in ihrem eigenen Lande, Frankreich, England, Italien, in den Vereinigten Staaten, das gleiche Werk der Durchführung des Sozialismus in die Hand nimmt.

Internationale Reaktion gegen den Sozialismus!

Ein solcher Appell ist umso notwendiger, als jetzt schon Kräfte am Werke sind, die hier in Deutschland wie in andern Ländern ein Zusammenarbeiten der kapitalistischen Regierungen zur Bekämpfung des Sozialismus herbeiführen wollen. Der gegenwärtige Herr Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat vor einiger Zeit in einem Interview, auf das schon mein Freund Haase Bezug nahm, die Ansicht ausgesprochen, daß gegen den Sozialismus die kapitalistischen Regierungen oder alle Freunde der Ordnung, wie er sich ausdrückte, zusammenstehen müssen. Dadurch hat der Herr Reichskanzler sich als

Schrittmacher der furchtbarsten Reaktion

betätigt, die Europa bevorstehen könnte. Uns ist mitgeteilt worden, daß vor kurzer Zeit in dem Kriegskabinett, das gegenwärtig die Regierung in Deutschland leitet, der Plan erwogen worden ist, daß Deutschland mit England sich über eine Aufteilung Rußlands in Einflusssphären verständige.

(Hört, hört! b. d. Unabh. Soz.) Nach anderen Mitteilungen sind sogar schon Verhandlungen in dieser Richtung zwischen der deutschen und der englischen Regierung auf dem Wege gewesen.

Würde es zu derartigen Unternehmungen kommen, dann würde für die Unabhängige Sozialdemokratie, da Deutschland ja dann unvermeidlich in einen Kampf mit der gegenwärtigen russischen Sowjetrepublik hineingeraten würde, sich daraus die Verpflichtung ergeben, einen Beschluß auszuführen, den unsere Parteileitung vor einiger Zeit gefaßt hat, der lautet:

Die Bestrebungen der kommunistischen Partei Rußlands nach Erreichung der politischen Macht in Rußland den Sozialismus zur Durchführung zu bringen, sind der Zustimmung und Unterstützung der Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands sicher. Ihr Gelingen wäre von größter Tragweite für den endgültigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt. Wir erachten es deshalb für die Pflicht der internationalgesinnten sozialistischen Parteien in den andern Ländern jedes feindselige Eingreifen kapitalistischer Regierungen in diesen Entwicklungsgang mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Wir haben also unsere Ansicht ausgesprochen, daß wenn die Regierung irgendeines Landes mit Waffengewalt oder sonst mit Gewaltmitteln gegen die sozialistische Regierung, gegen den Sozialismus in Rußland vorgeht, die Arbeiterschaft jedes Landes dagegen mit allen Mitteln, auch mit Mitteln der Gewalt,

gegenüber ihrer Regierung aufzutreten hat. Dieselbe Verpflichtung halten wir auch für die deutsche Arbeiterschaft für notwendig.

Wir würden unsre Pflicht vernachlässigen, wenn wir die Arbeiter dann nicht dazu aufriefen, daß sie die sozialistische Bruderpflicht gegenüber der Klassenbewußten Arbeiterschaft in andern Ländern erfüllen. Aber ob es zu einem solchen Verteidigungskampf des internationalen Sozialismus kommen wird, liegt ja in Ihrer Hand.

Sie müssen sich jeder Einmischung in die russischen Verhältnisse enthalten.

Aber der Ueberzeugung sind wir: es wird in ganz Europa, in der ganzen Welt aus dem furchtbaren Unglück, das dieser Weltkrieg über alle Völker heraufbeschworen hat, der Arbeiterschaft aller Welt die Notwendigkeit erwachsen, ihrerseits überall die Macht zu ergreifen, um den Sozialismus zur Durchführung zu bringen.

Bizkanzler v. Payer: Inhalt und Ton der Ausführungen des Abg. Ledebour sind geeignet, dem Vaterlande schweren Schaden zuzufügen. Das Schriftstück des Kaisers, auf das er Bezug genommen hat, ist 23 Jahre alt und kann wohl keinen Eindruck auf das Haus machen. Gelegentliche Wendungen aus einer alten Privatkorrespondenz können nichts bedeuten gegenüber der historischen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse, auf deren Boden sich der Kaiser mit voller Entschlossenheit gestellt hat. Ich darf auch daran erinnern, daß gerade der Kaiser es war, der dem Zaren geraten hat, aufrichtige konstitutionelle Konsequenzen aus der Lage zu ziehen.

Kriegsminister v. Scheuch: In der persönlichen Reklamationsangelegenheit, in der sich der Abg. Haase an mich gewandt hat, habe ich eine Prüfung eintreten lassen. Der Mann wird heute entlassen. Die Prüfung geht noch weiter. Ein Widerspruch zwischen meinen Ausführungen und denen des Reichskanzlers wie ihn der Abg. Ledebour konstruierte, besteht nicht.

Abg. Gothein (Sp.), zur Geschäftsordnung) beantragt Schluß der Debatte.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) widerspricht, da noch ein Pole und der Abg. Kühle gemeldet seien.

Abg. Korfanty (Pole) widerspricht ebenfalls, da die Polen auf die scharfen Angriffe antworten müßten.

Abg. Gröber (Zentr.): Das kann geschehen, wenn wir heute noch in die zweite und dritte Lesung eintreten.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In der zweiten Lesung begründet

Abg. Zehner (Zentr.) einen Antrag der Mehrheitsparteien, wonach zur Erklärung des Krieges die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich ist.

Staatssekretär Trimborn: Die Regierung stimmt diesem Antrage zu, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrates. Sie behält sich aber vor, in Erwägungen einzutreten, ob nicht für die Zeit zwischen zwei Legislaturperioden noch eine besondere Vorkehrung in der Verfassung getroffen werden muß.

Ein Antrag der Unabh. Soz., daß auch für Bündnisverträge die Zustimmung des Reichstages erforderlich sein soll, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Unabh. Soz. und Polen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierung.

Bei 268 abgegebenen Stimmzetteln stimmen 193 mit ja, 52 mit nein und 23 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag, 2 Uhr. (Dritte Lesung. Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung in Elsaß-Lothringen.) — Schluß 5 Uhr.

Redaktionschluß: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 17, Schillerstraße 6.
Druck: Maurer & Timmler, Berlin, Köpenicker Str. 20-23.